

Bezugspreis: Wöchentlich 13 Goldpfennig voraus zahlbar. Unser Kreuzband für Deutschland, Ost- u. Westpreußen, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Österreich, Estland, Litauen, Lettland, Wälschland 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzbandendungen nach gegen wertbezügliche Zahlung. Folgebearbeitung für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Sich-lung und Rumpfen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Belustigt“ und der „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 1. Februar 1924

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkonton: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Distrikto-Gesellschaft, Postkontonummer Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Reklameweile 6,70 Goldmark, Reklameweile 8,00 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 0,20 Goldmark (außer bei zwei Zeilenwörter). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungsbeilage das erste Wort 0,30 Goldmark jedes weitere Wort 0,25 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,24.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Reichsbahn und Post verselbständigt.

Reservatrechte für Bayern.

Das Reichskabinett genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf einer Verordnung, durch die unter der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn“ ein selbständiges, eine juristische Person darstellendes wirtschaftliches Unternehmen geschaffen werden soll, durch das das Deutsche Reich die in seinem Eigentum stehenden Eisenbahnen betreibt und verwaltet.

Auch der Entwurf des Postfinanzgesetzes fand die Billigung des Kabinetts. Durch diesen Gesetzesentwurf soll der Reichspost- und Telegraphenbetrieb als ein selbständiges Unternehmen unter der Bezeichnung „Deutsche Reichspost“ vom Reichspostministerium unter Mitwirkung eines Verwaltungsrats verwaltet werden.

Das Reichskabinett beschloß ferner, daß der Erholungsurlaub der Beamten für 1924 gleichmäßig um sieben Tage gekürzt werden soll und daß in Krankheitsfällen von Beamten nach dreitägiger Krankheitsdauer ein ärztliches Zeugnis einzureichen ist.

Ueber das Reichspost-Finanzgesetz erfährt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ noch folgende Einzelheiten:

Die Neuordnung der Deutschen Reichspost, wie sie das Reichspostgesetz vorsieht, macht den Post- und Telegraphenbetrieb zu einem selbständigen Unternehmen mit eigenem Vermögen, das vom Vermögen des Reiches vollständig losgelöst ist. An der Spitze des Unternehmens steht der vom Reichspräsidenten ernannte Reichspostminister, der dem Reichstag dafür verantwortlich ist, daß die Deutsche Reichspost den Gesetzen gemäß und entsprechend den Anforderungen der deutschen Wirtschaft verwaltet wird. Dem Reichstag und dem Reichsrat ist jedes Jahr der Geschäftsbericht vorzulegen. In seinen Beratungen ist der Reichspostminister an den Verwaltungsrat gebunden, der aus 17 Mitgliedern besteht, die vom Reichspräsidenten ernannt werden. Je vier Mitglieder werden vom Reichstag und vom Reichsrat, ein Mitglied vom Reichsfinanzminister und acht Mitglieder vom Reichspostminister vorgeschlagen. Die Beamten der Deutschen Reichspost bleiben Reichsbeamte und behalten ihre wohlerworbenen Rechte.

Die Eingliederung des bayerischen Reichspostgebietes wird nach der von Bayern bereits erfolgten Zustimmung in folgender Weise vorgenommen: Bayern erhält (ebenso wie Thüringen) an dem Vermögen der Reichspost ein Mitspracherecht, das 80 Proz. des in Bayern befindlichen Vermögens der Reichspost beträgt. Für das bayerische Gebiet wird ein eigener Staatssekretär bestellt, der dem Reichspräsidenten im Einverständnis mit der bayerischen Regierung ernannt wird. In derselben Weise erfolgt auch die Ernennung der Präsidenten der Oberpostdirektion in Bayern. Der Staatssekretär leitet die Reichspost in Bayern durchaus selbständig als Vertreter des Reichspostministers und trifft vorbehaltlich der Entscheidung des Verwaltungsrats alle erforderlichen Bestimmungen nach Vorlage des Reichsfinanzgesetzes; auch die Personalverwaltung untersteht ihm. Dieser Staatssekretär und wenigstens drei Viertel der Mitglieder und

Beamten der bayerischen Verwaltungsabteilung sollen die bayerische Staatsangehörigkeit durch Abstammung besitzen oder durch langjährigen Aufenthalt in Bayern mit den bayerischen Verhältnissen genau vertraut sein. Die bayerische Verwaltung hat für den innerbayerischen Verkehr allein Zuständigkeit. Finanzielle Ueberschüsse werden vom Verwaltungsrat an die Miteigentümer verteilt.

Einmal war Staat und Reich stolz darauf, in der Bahn und der Post ein starkes Rückgrat der staatlichen Selbständigkeit zu besitzen. Alle kapitalistischen Anläufe selbst eines Eugen Richter konnten die konservativen Regierer Preußens und Deutschlands nicht dazu bringen, diese wertvollen monopolistischen Bestandteile der Staatswirtschaft aus dem Etat zu nehmen. Die republikanische Regierung Marx-Emminger-Luther macht das alles im Wege der „Verordnung“, weil die Sache ihr „im Hinblick auf die Not von Volk und Reich erforderlich und dringlich“ erscheint. Um es deutlich zu sagen: Ueber die wirtschaftliche Umgestaltung der Reichsbetriebe ist schon des langen diskutiert worden. Man sprach davon, daß sie ihres bureaukratischen Charakters entkleidet und beweglicher gestaltet werden sollten. Das waren zunächst Erörterungen, die man im geheglichen Hause, im Reichstag, anstellte und für die man auch dort Verständnis haben konnte, wo der kapitalistische Privatbetrieb nicht als der Güter höchstes angesehen wurde.

Über alle gesetzgeberischen Erwägungen werden durch die Regierung Marx-Emminger-Luther einfach über den Haufen gerannt. Sie erläßt eine Verordnung über die Justizreform, die ein seit fünfzig Jahren bestehendes Gerichtssystem mit ein paar Federstrichen beseitigt und ein neues aufspritzt, das das aus der bürgerlichen Revolutionsperiode übrig gebliebene Schwurgericht nach fünfzigjährigem Bestande hinwegbläst. Sie wirft durch die gleiche Anzahl Federstriche Bahn- und Postbetrieb aus dem Reichsetat hinaus, ohne den Reichstag zu fragen. Sie schafft fertige Zollschaffen für Jahrzehnte, zu denen die verblüfften Gesetzgeber einfach nachträglich Ja und Amen sagen sollen. Denn die Wahlen stehen ja vor der Tür.

In anderen Ländern würden so schwerwiegende Gesetzgebungsakte womöglich das ganze Volk aufrütteln. Im Zeichen Emmingers macht man das still und samerlos. Was wunder, daß gleichzeitig auch noch den Beamten im Handumdrehen eine Woche Urlaub gestrichen wird. Das gehört eben auch zu den Dingen, die „im Hinblick auf die Not von Volk und Reich dringlich und notwendig“ sind!

In dieser bemühten Ausschaltung des Reichstags in Fragen, die auf Jahrzehnte hinaus wirken, offenbart sich eine solche Mißachtung der parlamentarischen Arbeit, daß man sich über ein Parlament wundern müßte, das sich solche Handlung von einer sozusagen parlamentarischen Regierung gefallen ließe, ohne den schärfsten Widerspruch zu erheben.

landabkommens vom 28. Juli 1919 die Zivilverwaltung der besetzten Gebiete in der Hand der deutschen Behörden und unter Leitung der deutschen Zentralinstanzen zu bleiben hat und weder die Rheinlandkommission noch eine der alliierten Regierungen die Bestätigung des rechtsmäßigen Verwaltungsorganen die Rückkehr in das Land und die Uebernahme der Administration zu verwehren. Man schreibt MacDonald ernsthaft die Absicht zu, die Anrufung des Haager Schiedsgerichtshofes vorzuschlagen, falls die französische Regierung auf ihrem unhaltbaren Standpunkt verharrten sollte.

Belgien und die Ruhrbesetzung.

Brüssel, 31. Januar. (WTB.) Die die „Agence belge“ meldet, werden die belgischen Truppen im Ruhrgebiet vom 1. Februar ab unter den Befehl des Kommandierenden der Besetzungsmarine gestellt. Der Posten des Kommandanten des Brückenkopfes Duisburg-Ruhrort wird aufgehoben. Der Kommandierende der belgischen Truppen im Ruhrgebiet wird sein Hauptquartier in Duisburg beziehen, alle belgischen Truppen rechts des Rheins werden ihm unterstellt.

Reichswirtschaftsrat gegen Sämisch.

Der Sozialpolitische Ausschuh des Reichswirtschaftsrats beschloß heute mit den Richtlinien des Sparausgleiches Sämisch-Busa-Bewald betreffs Reorganisation der Zentralverwaltung. Der Ausschuh nahm einstimmig eine Entschiedenheit an, in der dargelegt wird, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer Anspruch darauf erheben, daß sämtliche Pläne der bezeichneten Art nicht ohne Zustimmung mit ihren Interessen und ihren Anschauungen verwickelt werden. Auf die Billigung und erst recht die bei der späteren praktischen Durchführung unerhebliche Mitwirkung jener Kreise können nur solche Änderungen und Ausschöpfungen im System der Reichsversicherung rechnen, die sich von jedem Experiment freihalten, die ferner den bisherigen Einrichtungen an Wirtschaftlichkeit und Einfachheit nachweislich überlegen sind und die, wenn sie schon keine Form verändern mögen, das Verwaltungsrecht der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer grundbühlich umgestaltet lassen.

Verworrene Steuergesetzgebung

Die dritte Steuernotverordnung.

Endlich ist die dritte Steuernotverordnung im Entwurf fertig geworden. Sie wird dadurch charakterisiert, daß die Regierung hofft, bis zum 15. Februar, dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes, ihr Gesetzestext verleißen zu können. Das Reichskabinett versucht mit der dritten Steuernotverordnung „Sieben auf einen Streich“ zu treffen, wobei sie merkwürdigerweise selbst weiß, daß die verschiedenen Wünsche, die sie auf einmal erledigen will, nicht zueinander gehören. So ist der Gesetzentwurf eine Sammlung von Konzeptionen und Kompromissen, aus der — wie Fettsaugen auf einer Wassertuppe — einige Aussichten auf Steuereinnahmen herauszuschauen.

Betrachten wir zuerst den Teil der verworrenen Verordnung, der die Masse des Volks am meisten interessiert: die Aufwertung. Hier wird das komplizierteste der ganzen Frage mit einem Federstrich ausgeschaltet. Die Verordnung bestimmt nämlich, daß die Aufwertung nur in Betracht komme für Schulden, die bis zum Ende Dezember 1923 nicht getilgt worden sind. Das weniger Komplizierte, die Aufwertung der jetzt noch bestehenden Schulden, kann erfolgen bis Ende Dezember 1924 durch eine freiwillige Vereinbarung, oder durch die Entscheidung einer zu schaffenden mit vereinfachtem Verfahren ausgestatteten Aufwertungsstelle.

Der Grundgedanke der Aufwertung, den das Reichsgericht dahingehend aufgestellt hat, daß „nach Treu und Glauben“ aufgewertet werde, wird auf die Art vergewaltigt, daß eine Aufwertung auf 10 v. H. zugelassen wird. Diese Bestimmungen treffen zuerst die noch bestehenden Hypotheken.

Blaukassenscheine werden nur aufgewertet, wenn der Gläubiger nachweist, daß er sie seit dem Januar 1919 im Besitz oder auf Grund gesetzlichen Zwanges zur mündelsicheren Anlage erworben hat.

Mit den eben umrissenen Bestimmungen ist erwiesen, daß der zehnprozentigen Aufwertung nur eine kleine bevorzugte Schicht teilhaftig wird. Das sind im besonderen diejenigen, die in den Jahren der zunehmenden Inflation es nicht nötig hatten, für früher hingegabene Goldmark sich Papiermark auszahlen zu lassen.

Die große Masse, die durch Besitz von kleinen Sparkassenguthaben an der Aufwertung interessiert ist, wird durch ein höfliches Kompliment der Reichsregierung gemarkt. Soweit nämlich die Sparkassen noch Hypotheken, Pfandbriefe usw. besitzen und sich aus deren Aufwertung ein Vermögenszuwachs ergibt, haben — die Länder Vorzüge zu treffen, daß diese Erträge durch Uebertragung auf eine Stiftung oder in anderer Weise möglichst denjenigen Bedürftigsten erhalten bleibt, denen die Gläubiger der Sparkassen vorwiegend angehören. Es ist sicher zu begrüßen, daß öffentliche gemeinnützige Stellen durch die dritte Steuernotverordnung die Hoffnung erweckt sehen, in Zukunft vielleicht einmal aus dem aufgewerteten Vermögen der Sparkassen Zuwendungen zu erhalten. Die Gläubiger der Sparkassen, die Gold hingegabene haben und jetzt als Entschädigung dafür die Aussicht gewinnen, aus einer mildtätigen Stiftung etwa einmal eine Inflation zu erhalten, haben sich die Aufwertung wohl etwas anders vorgestellt. Das gleiche gilt für die große Masse der Hypothekengläubiger, die nach dem Willen der dritten Steuernotverordnung von der zehnprozentigen Aufwertung ausgeschlossen werden.

Noch schlimmer sieht es mit der Behandlung der öffentlichen Anleihen aus, zu denen ja im besonderen die Kriegsanleihe gehört. Sie sind nicht nur von einer Aufwertung ausgeschlossen, sondern es ruht auch der Zinsen- und Tilgungsdienst bis zur Erledigung des Vertrages von Versailles! Alle diejenigen Besitzer von Kriegsanleihe, die damit Steuern gezahlt haben — sie wurden bekanntlich bevorzugt — und jene, die dem Reiche gegen Hingabe von Kriegsanleihe Heeresgut, reelle Ware zu billigstem Preis, abgenommen haben, die lachen sich heute eins ins Häuschen. Der dumme Bruder Soldat, die aus tiefem Gefühl fürs Vaterland opfernde Witwe, alle jene, die ihre letzten Reserven für die Not in Kriegsanleihe, in Papieren des Reiches anlegten, sie bleiben die Geschädigten.

Die wenigen Gläubiger und, was wohl richtiger ist, die Schlägen, die in der Aufwertungsliste, die von der Reichsregierung veranstaltet wird, einen Gewinn greifen, können aber die Zahlung der aufgewerteten Kapitalbeträge in keinem Falle vor dem 1. Januar 1925 verlangen. Bis 1924 wird ihnen ihr Anspruch überhaupt nicht verankert, dann steigt der Zinssatz von Jahr zu Jahr um 1 Proz. Ab 1929 wird der aufgewertete Kapitalanspruch mit 5 Proz. verzinst.

Beachtlich ist, daß die Reichsregierung die schwierigsten Passagen der von ihr mit dem Worte „Aufwertung“, bezeichneten Manipulationen — den Ländern überläßt. Sie hat dafür das Wort „Finanzausgleich“ gefunden. Wobei zu bemerken ist, daß der Wert dieses Finanzausgleiches darin liegt, daß das Reich seine Zuschüsse an die Länder und Gemeinden so rasch abbaut, daß es ab 1. April d. N. keinen Pfennig

Neue Forderungen der Regie.

Düsseldorf, 31. Januar. (WTB.) Die Regie verlangt für die nächsten Tage die Uebergabe von täglich 4000 offenen Wagen mit der Erklärung, daß beim Ausbleiben dieser Wagen schwere Folgen für die Wirtschaft entstehen würden. Wie wir von unterrichteter Stelle hören, kann die Reichsbahn ohne empfindliche Schädigung der Interessen des unbesetzten Gebietes diese Wagen unmöglich abgeben. Es ist nicht durchführbar, daß immer erneut Leerwagenmaterial in das Ruhrgebiet hineingeführt wird, während die Regie völlig außerstande ist, die Lawende von beladenen Wagen, die bereits im Ruhrgebiet stehen, zu bewegen. Die Schuld an den schweren Folgen für das Wirtschaftsleben fällt der Regie zur Last, die ihrer Aufgabe, wie sich immer mehr zeigt, in keiner Weise gewachsen ist.

Der englisch-französische Pfalzkonflikt.

Wohlfahrtskonferenz oder Haager Schiedsgericht?

Paris, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der englisch-französische Konflikt wegen der Zustände in der Pfalz ist neuerdings in ein kritisches Stadium getreten. Poincaré hat zwar die Forderung auf Anerkennung der „autonomen Pfalzregierung“ fallen lassen, verweist sich jedoch darauf, den von den Separatisten vertretenen bayerischen Behörden die Erlaubnis zur Rückkehr zu verweigern. Er hatte in London vorgeschlagen lassen, die endgültige Entscheidung über die Angelegenheit der Wohlfahrtskonferenz zu überlassen. Die englische Regierung hat dieses Vorschlag zurückgewiesen und die Demarche des englischen Botschafters bei Poincaré am Mittwoch diese u. a. auch dieser Mitteilung gegolten haben. Was die französische Regierung mit ihrem Widerstand gegen die Rückkehr der bayerischen Behörden bezweckt, liegt auf der Hand. Nach den die Methoden der französischen Oligarchenbeständen kompromittierenden Ergebnissen der Reise Konrad Cilligs magt Poincaré die Separatisten nicht mehr öffentlich zu unterstützen, aber er versucht nunmehr, ihnen von hinten herum die Verwaltung und damit natürlich auch die Herrschaft in die Hände zu spielen. England vertritt ihm gegenüber den Standpunkt, daß nach Art. 5 des Rhein-

mehr leisten. Dafür bekommen die Länder das Recht einmal den Geldwertausgleich bei unbebauten landwirtschaftlichen Grundstücken, die mit Hypotheken belastet sind, steuerlich zu erfassen. Ferner sind die Länder und Gemeinden beauftragt, von dem unbebauten Grundbesitz vom 1. Januar 1924 ab eine Steuer zu erheben. Das heißt mit anderen Worten, daß die Gemeinden und Länder auf eine Gebäudesteuer verwiesen werden, die der Mieter zu tragen haben wird. Die Länder werden deswegen auch ermächtigt, abweichend von den Vorschriften des Reichsrentengesetzes Bestimmungen über den Mietzins zu erlassen. Damit nicht doch der Hausbesitzer trotz ausgemieteter Mietsmöglichkeit etwas von der Gebäudesteuer zahlt, ist bestimmt, daß dem Eigentümer von der Mietsminderung die Beiträge verbleiben müssen, die zur Verzinsung des angelegten Kapitals und zur Deckung der vorzugsmäßigen Ausgaben erforderlich sind.

Die dritte Steuernotverordnung enthält auch eine ganze Anzahl Wechsel auf die Zukunft. So wird z. B. ganz nebenher betont, daß die Besteuerung der ländlichen Grundstücke, soweit Aufwertungs- und Entwertungsgegenstände in Betracht kommen, durch ein Reichsgesetz geregelt werden soll! Bis zur übernächsten Ernte hat das Hypothekenproblem, soweit es die Landwirtschaft betrifft, zu ruhen.

Die Besteuerung der Inflationsgewinne aus Krediten (die Geschäfte auf dem Rücken der Reichsbank), der Gewinne aus der Ausgabe von Notgeld, aus öffentlichen Zuschüssen zum Bau von Wohngebäuden sowie schließlich des Geldwertausgleichs der Eigentümer bei belastetem unbebauten Grundbesitz — wird vorbereitet. Aber der Reichsfinanzminister kann für die Geldwertausgleichsgegenstände aus Inanspruchnahme von Krediten sowie aus Termingeschäften eine Steuer festsetzen. Damit durch diese Kannvorschrift die Beteiligten nicht allzu sehr erschreckt werden, ist schon jetzt festgelegt, daß jene vielleicht einmal zu beschließende Steuer 20 Proz. des Entwertungsgegenstandes nicht übersteigen darf.

Schuldverschreibungen und Obligationen werden besteuert. Das trifft zuerst die Aktien-Gesellschaften. Die Ausgeber von Schuldverschreibungen und Obligationen haben, wenn sie die Gelegenheit, mit Papiergeld Goldschulden loszuerlösen, bisher noch nicht benutzt haben — ganze 2 Prozent Steuern zu zahlen. Wenn sie aber so flug gewesen sind und Gold für Papier genommen haben, dann müssen sie bis zum 1. April 1927 in sechs Raten 12 Prozent Steuern zahlen. Im besonderen mit dem Ertrag aus dieser Steuer soll das bisher noch vorhandene Defizit im Reichsetat gedeckt werden.

Der Gesamtüberblick ergibt, daß die dritte Steuernotverordnung, soweit sie die Aufwertung betrifft, eine allgemeine Enttäuschung ergeben muß, wobei die Frage offen bleibt, ob nicht die Aufwertung, so wie sie das Reichstabinett versteht, letzten Endes sich bei den Wahlen als Täuschung erweisen wird. Der Finanzausgleich mit den Ländern ist durch die Steuernotverordnung zwar in ein kompliziert-undurchsichtiges Gewebe gehüllt, er schafft aber endgültig die Reichseinheit der Finanzen ab. Und die Steuern, die in der Verordnung festgelegt sind? Sie wären auf einfacherem Wege besser, umfassender und rascher zu erheben.

Für die Massen des Volkes ist die neue Steuernotverordnung die Zusammenfassung einiger Notwendigkeiten mit einer Fülle von Unzulänglichkeiten. Wir sind der Ueberzeugung, daß spätere Zeiten die dritte Steuernotverordnung als eine Leistung halben Willens, halber Absichten und halber Kraft kennzeichnen werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß heute über sie schon das letzte Wort gesprochen wäre.

Zum Kommissar des Reichsrats für die Deutsche Rentenbank wurde auf preussischen Vorschlag Staatssekretär Dr. Weder vom Preussischen Finanzministerium bestellt. Nach den Sitzungen der Rentenbank hat der Vizepräsident halbjährlich unter Mitwirkung eines Kommissars des Reichsrats und eines Kommissars des Rechnungshofs darüber zu berichten, daß die Deckung der Rentenbriefe und der Rentenbankscheine vorhanden ist.

Hugo von Hofmannsthal.

Zu seinem 50. Geburtstag am 1. Februar.

Von Dr. Paul Landau.

Die Stellung Hofmannsthals in unserer heutigen Literatur ist merkwürdig und einzigartig. Von früher Jugend an mit dem Ruhmeskranz des großen Dichters gekrönt, hat er in der reifsten Zeit seines Lebens wenig mehr für diesen Ruhm getan und bleibt vorläufig in unserem Gedächtnis der „junge Hofmannsthal“, der poet einer überreifen Schammut und späten Romantik, als der er, kaum dem Knabenalter entwachsen, zu Anfang des letzten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts hervortrat. Seine „Gedichte“ und „kleinen Dramen“ aus dieser Frühzeit umschließen einen unvergänglichen Schatz unserer Poesie und wirken noch heute mit einer ebenso betäubenden Sülle und Anmut, wie damals, als wir sie zuerst bewunderten. Was der Dichter im letzten Jahrzehnt geschaffen, ist unbedeutend, wenn man es mit der Pracht dieser Jugend-schöpfungen vergleicht: ein paar schöne schmelzige Operntexte, blasse präziöse Theaterstücke, hier und da ein Gedicht. Aber in anderer Weise ist er nunmehr zu einer zeitigen Reife geworden, nämlich als Verwalter des Kulturbesitzes deutscher Dichtung. Die Kraft des Nacherlebens und des Reformens des Geformten, die seinem Dichten verhängnisvoll wurde, befähigt ihn zu einer kulturellen Herrscherstellung.

Die „Times“ hat kürzlich in einer Besprechung des herrlichen „Deutschen Lesebuches“, in dem Hofmannsthal das Reifste und Feinste an deutscher Prosa gesammelt hat, gesagt, ein solches Werk beweise besser als alles Neben die Kulturmission, die Deutschland in der Welt habe, zeige die unvergänglichen ewigen Schätze, die es der Menschheit geschenkt. Und in seiner schlicht-stolzen Rede hat Hofmannsthal selbst die Bedeutung, die Größe eines solchen Werkes umschrieben. Demgegenüber haben die letzten Dichtungen, die er veröffentlicht, nicht viel zu bedeuten. Seit fast 20 Jahren, seit er in dem „Gereizten Benedikt“ das Werk des Engländer Osway bearbeitete, hat er sich immer wieder an fremde Stoffe und fremde Formen angelehnt, so auch in der grandiosen, gewaltig übersteigerten „Elektra“, so in seinen beiden besten größeren dramatischen Dichtungen, der vielgespielten „Jedermann“ und in dem Calderonische Motive treffend verwertenden, aber doch auch an Spielerei streifenden „Großen Welttheater“. Hofmannsthal ist trotz all seiner dramatischen Versuche, trotz einzelner schärfer Erzählungen, die er uns gesendet, doch im Kerne nur Lyriker, und so tritt uns der Zauber seiner Schöpfung am stärksten in der Sammlung seiner „Gedichte“ entgegen, die vor kurzem im Insel-Verlag erschienen ist.

Als der 18-jährige Hofmannsthal 1892 das Bruchstück „Der Tod des Tizian“ veröffentlichte, da brach eine neue Epoche in unserer Literatur an. Ueber die trübe Grau-in-Grau-Malerei des Naturalismus triumphierte leuchtende Farbensphären von titanischem Gold, über die Nachahmung der Umgangssprache hässliche Rhythmen edelster Wortkunst. Das Wunderbare und Scheinbar Voraussetzungslos-Auftreten des jungen „Loris“, wie er sich nannte, erfüllt sich uns heute rückblickend aus jenen Keimen, die damals schon in der Kunst Georges und der Stimmung einzelner Wiener hervor-

Erfassung der Sachwerte.

Zur Lösung der Reparationsfrage.

Paul Litwin setzt in der „Zeit“, dem offiziellen Organ der Volkspartei, seine bekannten Ideen auseinander, die mit den sozialdemokratischen Vorschlägen zur Lösung der Finanz- und Reparationsfrage zahlreiche Berührungspunkte aufweisen. Litwin will von dem deutschen Nationalvermögen ein Viertel, schätzungsweise 45 Milliarden Goldmark abzwelgen und es in Form von Aktien, Anteilen, Hypotheken usw. in den Besitz des Reiches bringen. Die Erträge sind zur Verzinsung von Bonds zu verwenden, und diese goldwertig gedeckten Bonds sollen dann im jeweils notwendigen Betrag zur Zahlung der Reparationsschulden hingegeben werden. Hierzu ist die Umwandlung privater Unternehmen in juristische Personen und ein Aufsichtsrat des Reiches und seine Mitwirkung bei der Gewinnbeteiligung notwendig. Durch die so herbeigeführte Lösung der Reparationsfrage soll für eine gedeihliche Zusammenarbeit der deutschen und der französischen Wirtschaft und für einen wirklichen europäischen Frieden freie Bahn geschaffen werden.

Die „Zeit“ hält diese Gedanken immerhin für wichtig genug, um ihnen mehrere Spalten Raum zu gewähren. In einem redaktionellen Vorwort macht sie aber „grundfäßliche Bedenken“ geltend, besonders gegen die Umwandlung der Privatunternehmen in juristische Personen und gegen das Aufsichtsrat des Reiches. Das scheint uns insofern, denn wenn sie, wie es doch scheint, dem Grundgedanken zustimmt, dann bleibt doch nur die Wahl, ob das Aufsichtsrat vom Reich oder direkt von der Entente ausgeübt werden soll. Der Führer der Volkspartei, Herr Dr. Stresemann, hat wiederholt als Kanzler und Minister die Idee vertreten, daß deutsches Gut hergegeben werden müsse, um die deutsche Freiheit wiederherzustellen. Diese Idee kräftig zu betonen, liegt jetzt, da die Sachverständigen in Berlin tagen, besonderer Anlaß vor. Mögen sie uns aber auch von der Fremdherrschaft befreien!

Verbot der „Deutschen Zeitung“.

Ämlich wird gemeldet:

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt General von Seede hat auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 die Einstellung und Vertrieb der „Deutschen Zeitung“ für die Zeit vom 1. bis 2. Februar 1924 verboten. Das Verbot wird wie folgt begründet:

Der Artikel in Nr. 49 „Den Sachverständigen zum Gruß“ enthält persönliche gehässige Angriffe gegen die Reichsregierung, die mit ihrer Würde als Vertretung des Reiches gegenüber dem Auslande unvereinbar sind und die von ihr betriebene Politik schädigen.

Das Verbot gilt auch für jede Zeitung, die an Stelle der verbotenen hergestellt oder ihren Verlegern zugestellt wird.

Deutschvölkische Götterdämmerung!

München, 31. Januar. (Eigener Bericht.) Mit dem 2. Februar erscheint in München noch eine weitere völkische Tageszeitung, die sich „Völkischer Kurier“ nennt. Herausgeber ist der Gründer und erste Vorsitzende der Nationalsozialistischen Partei, Anton Drechsler, woraus man schließen muß, daß der „Völkische Beobachter“, der bekanntlich jetzt als „Großdeutsche Zeitung“ erscheint, den Willen der Nationalsozialistischen Parteileitung nicht mehr repräsentiert. Da auch die Gruppe des Münchener völkisch-sozialen Blocks (Butmann-Roth) eine eigene Tageszeitung „Deutsche Presse“ herausgibt, ist die Spaltungskrisis in den Reihen der Völkischen in München vor aller Welt offenbar. Wie man hört, geht der Streit vor allem auch um die Person Lubendorffs. Insbesondere Drechsler, der ehemalige Kampfgenosse Hitlers, strebt mit allen Mitteln eine Zurückführung der Nationalsozialisten auf ihre ursprünglichen Tendenzen als sogenannte Arbeiterpartei an. Dabei muß man sich erinnern, daß Hitler selbst noch vor zwei Jahren Lubendorff schroff abgelehnt hat mit der Be-

gründung, daß der Mann mit der blauen Brille, der sein Heer so schmächtig im Stich gelassen habe, als Führer des deutschen Volkes nicht in Betracht kommen könne.

Bayerische Volkspartei gegen Kahr, Lössow, Seißer!

Köln, 31. Januar. (Mitt.) Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt in ihrer heutigen Abendausgabe einen aufsehenerregenden Artikel der Bayerischen Volkspartei stammenden aufsehenerregenden Artikel, in dem der Rücktritt Kahrs gefordert wird. In dem Artikel wird u. a. ausgeführt: Auf jeden Fall entspreche es der ganzen Lage, daß Herr v. Kahr früher sein Amt niederlegt, bevor er als Zeuge vernommen wird. Man könne noch weiter gehen und sagen, es entspreche einem Gebot der Vernunft, daß auch die Herren v. Lössow und Seißer auf ihre Stellen verzichten, um als freie Männer ihrer Zeugnispflicht genügen zu können. Der Rücktritt von Kahr, Lössow und Seißer wäre, ohne daß gegen die Herren auch nur der geringste Verdacht ausgesprochen werden kann, eine Tat der Ehrlichkeit. Für den Rücktritt des Herrn von Lössow gelten ähnliche Erwägungen, nur kommt bei ihm noch das schwerwiegende Moment hinzu, daß sein Rücktritt mit einem Schlag die Möglichkeit der Lösung des bekannten Konflikts zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung geben würde.

Sessionschluss in Bayern.

München, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Sessionsferien des Bayerischen Landtages begann am Donnerstag mit einer Kundgebung für die Pfalz. Der Ministerpräsident Knilling dankte der Pfälzer Bevölkerung für ihre bewundernswürdige Gesinnung in der Abwehr der französischen und separatistischen Gewalttaten und in ihrem freimütigen Bekenntnis zum Deutschtum. Innerhalb des letzten Jahres wurden von der Gesamtbekölkerung der Pfalz nicht weniger als 3 Proz., das sind 21 000 Männer, Frauen und Kinder, von ihrer Scholle vertrieben und ausgewiesen. Die bereits bekannte Stellung der sozialdemokratischen Fraktion kam in einer Erklärung zum Ausdruck. Die Kundgebung endete infolgedessen mit einem Mißling, als sich schon nach den ersten Sätzen des kommunistischen Fraktionsredners ein ehrenbreitender Sturm auf der rechten Seite des Hauses erhob, in dem sich auch der Präsident kein Gehör verschaffen konnte. Der Anlaß dazu war eine Besprechung der Kommunisten, daß die Methoden des Terrors und der Unterdrückung, wie sie in der Pfalz ausgeübt wurden, in derselben Weise auch im rechtsrheinischen Bayern durch den Generalkommissar v. Kahr angewandt werden.

Hierauf nahm der Landtag das im Ausschuss beschlossene Bundeswahlgesetz einstimmig an und dabei auch den Eventualantrag der Bayerischen Volkspartei, der eine Verringerung der Mandatsziffer im neu zu wählenden Landtage von 158 auf 133 Abgeordnete vorsieht.

Emmingers Reform im Rechtsausschuss.

Der Rechtsausschuss des Reichstages befahte sich gestern mit der Frage der Vereinfachung des Rechtswesens in bürgerlichen Rechtskreisläufen. Reichsjustizminister Emminger betonte die Vorklage auf Vereinfachung des Zivilverfahrens, die eine bessere Ausnutzung der Arbeitskraft der Richter und Anwälte ermöglichte. Geheimrat Volkmar (Reichsjustizministerium) führte im einzelnen aus, in welcher Weise die Vereinfachung und Beschleunigung durchgeführt werden sollte, insbesondere sollte eine bessere Vorbereitung der Termine durch Gericht und Parteien erfolgen. Der Entwurf denke jedoch nicht daran, die alten Eventualmaximen wieder einzuführen.

Der Ausschuss sprach sich zunächst sowohl gegen eine vollkommene Abschaffung wie eine Abklärung der Gerichtsverfahren aus. Annahme fand eine Verminderung des Entwurfs, daß längere Protokolle auch zunächst von dem Gerichtsschreiber in einer gedränglichen Kurzfassung aufgenommen werden können.

Das Attentat in Rogheim. Der in Rogheim verurteilte separatistische Landesverräter Gumpinger ist an den Folgen der erhaltenen Revolverkugeln im Krankenhaus Frankenthal gestorben.

Die Erfahrung und der Geist der Frauen sind erforderlich, um zu verhindern, daß der vom Familiengestirne getragene Staat seine Struktur nur von der Erfahrung der Männer empfangt.

Der Sozialismus ist eine Gesellschaftsform, in der die Disziplin und die Autorität des Sozialen neben der individuellen Freiheit einen befriedigenden Ausdruck erhält.

Aus MacDonald, Sozialismus und Regierung. (Eug. Diederich, Jena.)

Ein Denkmal für die gefallenen Tiere des Weltkrieges. In England ist jetzt mit der Errichtung eines Denkmals begonnen worden, das allen Tieren gewidmet sein soll, die von englischer Seite im Weltkrieg geopfert wurden. Dieses „Grab der Tiere“, das im Londoner Hyde-Park angelegt wird, geht auf Sammlungen der englischen Tiergesellschaft zurück, die bereits mehr als 2000 Pfund Sterling für das Monument aufgebracht hat. Die Zahl der Opfer, deren Andenken verewigt wird, ist sehr groß. Es starben allein mehr als 354 000 Pferde im englischen Heer; auch Hunde wurden für die verschiedensten Zwecke zu Tausenden geopfert. Kamels, Renniere, Elefanten und Ziegen fielen bei den Transporten, Ratten wurden bei wissenschaftlichen Versuchen geopfert; viele Brieftauben erlitten beim Bringen von Postkarten den Tod. Mäuse, Kanarienvögel und andere Kleintiere wurden geopfert, um die Wirkung der Giftgase zu erproben. Sogar Goldfische, die zur Prüfung von mit Gas versetztem Wasser verwendet wurden, mußten ihr Leben lassen. Alle diese Tiere werden durch das Denkmal geehrt.

Ein neuer Armenstempel in Spanien. Vorgeschiedliche Untersuchungen und Grabungen in einem Gebiet bei Cordoba, das in prähistorischen Zeiten von einer See ausgefüllt gewesen zu sein scheint, haben zu neuen wichtigen Entdeckungen geführt, die in einer Sitzung der Akademie der Wissenschaften von Cordoba bekanntgegeben wurden. Die Akademie erklärt, daß ein Schüssel und einige Kieferknochen, die in dieser Gegend in einem vorzüglichen Zustand der Erhaltung gefunden wurden, einem Urmenchen angehören, der der Rasse des Neandertalers zuzurechnen ist. Die neuen Funde gehören zu den ältesten Lebersteinen, die bisher von den vorgeschichtlichen Menschen in Europa gefunden worden sind. Mit ihnen zusammen wurden verschiedene Steinwerkzeuge geborgen, die aus der älteren Steinzeit stammen. Man schätzt das Alter des Neandertalmenchen auf 50 000 Jahre.

In der Staatsoper wird Helene Wührmann Sonntag als Wofe auftraten. Friedrich Schorr wurde auf ein weiteres Jahr gebunden. Anna Schaller-Schorr wird vom Herbst an der Staatsoper angestellt.

Carl Strachwitz hat seinen eine größere Novelle beendet, die den Titel „Gauguin und von Gogol“ führt und die Beziehungen der beiden zur Kunst behandelt. Die Novelle erscheint im Verlag „Die Schmiede“, Berlin.

Lenin-Schungen. Mit Grammatiknoten mit Lenin sind, dem Ost-Express zufolge, auf Anordnung des Bildungsministeriums festgelegt worden und kommen in den Verkauf. Das Volksministerium hat eine Serie Trauermarken mit Lenin's Porträt beschließen lassen. Das Bildungsministerium ordnet ferner die Umbenennung der berühmten Kompositionen-Bibliothek in „Allrussische öffentliche Ulanow-Lenin-Bibliothek“ an.

brachen. Im Grunde genommen aber war diese Poesie „der halbvermeinten Klänge, der unerfahrenen Farben des Verlangens“, schimmernd vom Schmelz der ungetriebenen Dinge, allfugiger Weisheit voll und frühen Zweifel, mit der die Neuromanie in Deutschland begann, eine Parallele zu den Strömungen, die in Frankreich von Mallarmé begründet, in England von Swinburne zur Reife ausgebildet, in Italien von Annunzio, in Belgien von Maeterlinck aufgenommen wurde. Ein Auflösen der ganzen Welt in Schönheit, ein Betrachten alles Geschaffenen unter dem einen Gesichtswinkel des Ästhetischen, das war das Evangelium der reinen Kunst, das der junge Hofmannsthal predigte. Nicht am Leben und an der Natur entzündete sich sein Lebens- und Naturgefühl, sondern an den inneren Visionen und an den künstlichen Dingen seiner Umwelt.

Die bewusste Abkehr von „allen Zeugen menschlicher Bedürftigkeit“, der Gegenpol gegen den Naturalismus, die vollkommene Verachtung der Wirklichkeit, wie sie Hofmannsthal mit unergänzlicher Intensität und Grazie festgehalten, führte zu jenem tieferlebten tragischen Konflikt, dessen Typus er in dem Claudio von „Der Tod und der Tod“ aufgestellt hat. In dieser ergreifenden Gestalt ist die Wesenheit einer ganzen Generation festgehalten, die Unfähigkeit des Erlebten die schauerhafte Ich-Sucht, die aus dem Gefühl der eigenen Persönlichkeit vergebens in andere überzufließen sucht. Am höchsten stehen wohl seine Gedichte, deren blühende Wortpracht an die Sprachkunst des alten Goethe anknüpft und die bald anmutig und leicht wie ein Liedchen der Antihologie erklingen, bald rätselhaft tief wie eine Homne Indars. Hofmannsthal ist in vielen Wandlungen und Verwandlungen erschienen, aber wir lieben vor allem die Schönheit seiner Jugendliturgie.

Staat, Gesellschaft und Sozialismus.

Gedanken von J. Ramsay MacDonald.

Der heutige national abgegrenzte Staat, der sich in seinem Landheer und seiner Marine mit höchster Dramatik ausprägt, ist wahrscheinlich zum Vergehen verurteilt. Ein allgemeines, ein Menschheitsparlament wird vielleicht einst berufen sein, die vereinigten Staaten der Welt zu vertreten.

Die Politik des Sozialismus muß sich an der Gegenwartsmelt orientieren.

Wir müssen genau bestimmen, was wir als Staat begriffen wissen wollen. Weder verstehen wir unter Staat die Regierung noch das Parlament noch die Beamtenhierarchie der Ministerien; andererseits wird der Staat nicht durch den Begriff der Gesellschaft erschöpft. Der Staat ist die organisierte politische Persönlichkeit eines souveränen Volkes — die Organisation der Gemeinschaft zu dem Zweck, ihren gemeinsamen Willen auf politischem Wege durchzusetzen.

Man kann den Sozialismus in der Tat nicht besser definieren, als daß er diejenige Phase der sozialen Organisation repräsentiere, in der von Staats wegen ein zweckmäßiges Ernährungssystem für die Gesellschaft errichtet wird. Die demokratische Regierung aber kündigt diesen Umschwung an.

Die Prüfung der Kapitalflucht.

Empfang des Ausschusses beim Reichszankler.

Die Mitglieder des Komitees der Reparationskommission für Kapitalflucht wurden Donnerstag vom Reichszankler im Beisein der an den Untersuchungen des Komitees beteiligten Reichsminister empfangen. Der Reichszankler hielt dabei folgende Ansprache:

Meine Herren! Komens der Reichsregierung beehre ich mich, Sie zu begrüßen. Die Reparationskommission hat durch ihren Beschluß vom 30. November Ihnen die schwerste Aufgabe zugewiesen, zu ermitteln, wie die deutschen Kapitalisten im Auslande ihrer Höhe nach abgehängt und ihre Rückwanderung nach Deutschland veranlaßt werden kann. Die deutsche Regierung hat ein besonderes Interesse daran, daß in dieser Frage, die seit Jahren den Streit der ganzen Welt bildet, von so sachverständiger Seite Feststellungen getroffen werden. Die deutsche Regierung erkennt deshalb dankbar an, daß Sie, meine Herren, persönlich herüber gekommen sind, um im Benehmen mit den deutschen amtlichen Stellen und den deutschen Wirtschaftskreisen die ihnen zugewiesene Aufgabe zu erörtern. Von den deutschen Regierungsstellen wird alles gethan, um Ihnen Ihre Aufgabe zu erleichtern, und Ihre Fragen werden mit voller Offenheit und Beschleunigung beantwortet werden.

Der Vorsitzende des Komitees, Macconnan, erwiderte hierauf wie folgt:

Herr Reichszankler! Komens des Ausschusses sowie im eigenen Namen danke ich Ihnen für das Willkommen, das Sie uns entgegen haben, und für die Zusicherung, daß uns von Ihrer Regierung bei der Durchführung unserer Aufgaben alle notwendige Unterstützung zuteil werden soll. Wir hoffen zupersichtlich, daß es uns mit Ihrer Hilfe gelingen wird, unsere Untersuchung mit tüchtigster Beschleunigung erfolgreich durchzuführen.

Vorgestern, Mittwoch, vormittag hatten die Sachverständigen Besprechungen mit maßgebenden deutschen Persönlichkeiten, darunter mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. An der Besprechung nahm auch der Staatssekretär Fischer teil.

Der Macconnan-Ausschuß vernahm am Donnerstag Dr. Bergmann und Dr. Wasserstrom von der Deutschen Bank und die Buchhaltungsexperten William Blumberg (England), Doyen (Frankreich), du Hauchan (Italien), Coopers (Amerika). Die Denkschrift der deutschen Regierung ist bereits in deutscher Sprache überreicht. Es werden demnächst Uebersetzungen in englischer und französischer Sprache folgen.

Repperet und Luzzat fallen den Sachverständigen auf.

Einem Berichterstatter der „Telegraphen-Union“ sagte ein hervorragendes Mitglied der Kommission, das jedoch nicht genannt werden will, auf verschiedene Fragen: Die Kommission ist überzeugt, daß sowohl die deutsche Regierung wie die deutschen Wirtschaftler mit ihr ehrlich zusammenarbeiten wollen. Die Kommission besteht nicht aus Politikern, sondern aus den wirtschaftlich und finanztechnisch hervorragenden Köpfen, die man nicht an der Nase herumführen könne. Das Kommissionsmitglied findet Deutschland außerordentlich teuer und meint, daß Deutschland zurzeit wohl das teuerste Land der Welt sei. Er habe gestern z. B. für ein Diner 20 amerikanischen Dollar zahlen müssen. Er sei ferner

erstaunt über den höchstbaren Tages

gewisser Kreise, der den Ansehen erwecken müsse, als ob die deutsche Reichsregierung übertrieben sei. So seien z. B. im Hotel Elplanade 80 Frau, aller Wäste Deutsche. Er möchte wissen, woher die Leute all das Geld nehmen. Er betonte jedoch, daß er die Armen nicht natürlich noch nicht gesehen habe. Auf die Frage, ob eine besondere Kommission gemäß den deutschen Wünschen des Ruhrgebietes berufen werde, sagte er, er glaube das nicht. Die Kommission habe bereits alle statistischen Angaben über das Ruhrgebiet bekommen und werde natürlich die Schmälerung der ökonomischen Basis, die durch die Besetzung verursacht wurde, in Rechnung stellen. Weiter erklärte das maßgebende Kommissionsmitglied, man habe einen ganz vorzüglichen Eindruck von dem Reichsfinanzstellen Fähigkeit. Man habe das feste Vertrauen zu ihm, finanziellen Fähigkeiten. Man habe das feste Vertrauen zu ihm, daß er die Geldnotenbank zustande bringen wird.

Eine Begnadigung.

Die Entführer Bergdolls freigelassen.

WTB. meldet: Von amerikanischer Seite ist wiederholt an die Reichsregierung herangetreten worden, um die Freilassung des wegen des Ueberfalls auf den amerikanischen Deserteur Bergdoll auf badischem Staatsgebiet verurteilten amerikanischen Leutnants Griffin und seiner Mitläufer zu erwirken. In den letzten Tagen hatte auch der Präsident des Central Committee for Relief of Distress in Germany and Austria, der in Deutschland wohlbekannte Charles Rangel, an den Reichspräsidenten telegraphisch die Bitte gerichtet, Griffin halb die Freiheit wiederzugeben; wenn er sich auch durch seine Tat strafbar gemacht habe, so habe er doch nicht aus unläuterer Motiven gehandelt. Das Central Relief Committee drückte einen Wunsch aus, dessen Erfüllung die weiten Kreise des amerikanischen Volkes, für die es glaube sprechen zu dürfen, mit besonderem Dank anerkennen würden.

Die Reichsregierung ist daraufhin wegen Begnadigung des Griffin und seiner Mitläufer an die badische Regierung herangetreten, die unter Würdigung der besonderen Umstände die Freilassung gestern verfügt hat.

Der Deutschamerikaner Bergdoll hatte sich durch die Flucht ins unbesetzte Deutschland der Bestrafung wegen Desertion entzogen. Griffin, ein russischer Helfer Cagarin und sein weißschweizer Gefährte Sperber wollten Bergdoll gewaltsam ins besetzte Gebiet verschleppen. Sie haben diese Tat nicht ohne lange Kämpfe müssen.

Die „Befreier“ des Rheinlandes.

Aus den Akten der rheinischen Separatistenbewegung.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß das rheinische Separatistengefühl sich u. a. auch das Recht des Requirierens annahm. Was diese Leute unter „Requirieren“ verstehen, ergibt sich aus hinterlassenen Akten, die man in Duisburger Rathhaus nach seiner Befreiung von der Separatistenherrschaft vorfand. Aus einem Schreiben vom 22. November 1923 geht hervor, daß die Separatisten bei ihren verhassten Gegnern nicht nur „Taschenrevisionen“ vornahmen und ihnen einmal 43 Millionen, ein andermal über 100 Millionen abknüpften, sondern es ergibt sich daraus eine noch weit interessantere Tatsache: Die nämlich, daß diese Räuberbande mit den Franzosen unter einer Decke arbeitete und ihnen gehorfsam das geraubte Geld zu Füßen legte. Freilich nicht ohne die ergebenste Bitte, ihr „in Anbetracht ihrer Bewunderten und sonstigen großen Schäden“ den Betrag doch wieder zur Verfügung stellen zu wollen. Einer dieser Bittbriefe ist gerichtet an das Hauptquartier Duisburg, Monsieur Pontaloni, der andere an den Herren Orisdelegierten in Duisburg. Andere Schreiben enthalten Denunziationen gegen Deute, die Separatistenplakate abrisen und deutsche Plakate aufkleben, gegen deutsche Polizeibeamte mit der Bitte, die Klaus Polizei außer Aktion zu legen. Mit Vergnügen ersieht man aus einem weiteren Schreiben an den Orisdelegierten der französischen Armee vom Ende November, daß ein Wagon Lebensmittel, den die Separatisten „Beschlagnahm“ hatten, ihnen von den Franzosen wieder abgenommen wurde, was wiederum zu einem Kniefall Veranlassung gab.

Trotzdem oder eben deshalb war die finanzielle Seite unermesslich. Schon unterm 12. November richtete der gesamte Duisburger Aktionsausschuß an die „Regierung“ in Koblenz ein ultimatives Schreiben, in dem er unter Vorlegung seiner finanziellen Lage mitteilt, daß die „Regierung“ für die Verpflegung der Duisburger Truppen (3 belgische Frank pro Kopf und Tag für 685 Mann) mit 65 775 Frank rückständig sei. Unter Hinweis auf die Folgen der weiteren Zahlungsunterlassung wird angedeutet, daß der Rückgang des Betrages bis zum 14. d. M. die Aktion endgültig eingestellt würde. Die Not der Leute sei so weit gestiegen, daß sie vor einigen Tagen bereits gemeinert, das Leben des Aktionsausschusses bedroht hätten, und daß bei Nichtenttrefen des Geldes das Allerletzte zu befürchten sei.

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wird angedeutet, daß die Befehlshaber bei einem Zusammenbruch der Aktion ihre Wiederaufnahme bestimmt nicht mehr dulden werde, und die Folgen davon werden „mit der ganzen Partei und der ganzen Welt“ auf das fündige Haupt der Koblenzer Regierung geworfen.

Daraus also klar hervorgeht, daß der Zusammenbruch der Separatistenbewegung schon Anfang November vor der Tür stand. Heuchelei und Hinfälligkeit, Treulosigkeit und Verrat haben sich hier gepaart. Mit diesen Gefellen macht die französisch-belgische Befehlshaber Sache. Ein Beweis mehr für die „politische Reife“ der Regierung in der Pfalz.

Der „Vorwärts“ gewann

1990 Abonnenten vom 27. bis 31. Januar.

Der Zuwachs des verfloffenen Monats beträgt danach rund 7000.

Der Umschwung in Sachsen.

Dresden, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auch in Dresden hat nunmehr, wie überall in Sachsen, ein Stimmungsumschwung in der SPD. eingeleitet. Eine am Mittwoch abgehaltene Funktionärskonferenz zeigte, daß die oppositionelle Strömung innerhalb der Partei mehr und mehr an Boden verliert. Durchweg kam der Willen zum Ausdruck, eine baldige Verständigung und damit die alte Geschlossenheit der Partei wieder herbeizuführen. Bei der Abstimmung legte die tabulante Richtung zwar wieder ihren Willen durch, doch war die Mehrheit nur außerordentlich schwach festzustellen. Die Lösung des Konflikts wird nun dem Reichsparteitag überlassen bleiben, da die Funktionäre die Einberufung eines neuen Landesparteitages ausdrücklich ablehnten.

Sinowjew über die KPD.

Das „sächsische“ Manöver als Possen.

(D.) Die eingetroffenen ausführlichen Berichte über das Referat, welches Sinowjew in der Moskauer Parteikonferenz über die internationale Lage gehalten hat, zeigen, daß der größte Teil derselben den Ereignissen innerhalb der kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923 gewidmet war. Im Herbst hätte die russische kommunistische Partei und ebenso die kommunistische Internationale sicher mit dem

Ausbruch einer proletarischen Revolution

in Deutschland als einem ganz nahe bevorstehenden Ereignis gerechnet. Die Enttäuschung über das Ausbleiben des erhofften Ereignisses hat bei der russischen Partei begrifflich, doch dürfte gegen die Parteilosigkeit und das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale der Vorwurf solcher Latenz oder schlaffer Haltung nicht erhoben werden, wie das von der Opposition getan worden sei. In so einschneidenden Wochen, wie die vor dem von der KPD. geplanten Antifaschistentage es waren, hätten sich verhängnisvolle Meinungsverschiedenheiten ergeben, insofern er, Sinowjew, und Bucharin dieses Unternehmen befürwortet und begrüßt, Radek und Trocki sich dagegen eingelassen hätten, der letztere allerdings nur durch eine dieklagende Stimmenthaltung. Radek habe gegen die kommunistische Internationale den Vorwurf erhoben, sie treibe die KPD. in ein zweifelhaftes Abenteuer. Radek habe die KPD. gerabuzt „an den Radschlägen zurückgezerrt“, anstatt sie zum Kampf aufzurufen. Ebenso mißlungen nannte Sinowjew das „Manöver der sächsischen Kommunisten“, deren Eintreten in die Regierung Sachsens er zunächst als Eroberung eines Aufmarschgeländes begrüßt habe. Aber als dieses Manöver nur zu einer ganz gewöhnlichen Koalition mit der SPD. führte und „in der entscheidenden Christnacht vor Staatsanwaltern“ verhandelt, da sei das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale vor einer scharfen Kritik nicht zurückgeschreckt und habe der KPD. in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß man mit einer Possen keine Revolution vorbereite. Das sächsische Experiment haben den russischen Genossen manche schon georgwöhnte Schwäche der deutschen Kommunistenpartei deutlich gezeigt. Sinowjew gab im übrigen der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine proletarische Revolution in Deutschland unausbleiblich sei.

Pause im Landtag.

Der Vorkonvent des Landtages beriet am Donnerstag über die Reichsfinanzen. Das Haus will heute Freitag oder am Sonnabend bis zum 19. Februar vertagen. Da die Vertagung bereits heute erfolgt, hängt von der Entscheidung der Vorlage über die Grundsteuer ab. Außerdem sollen noch keine Vorlagen beraten werden. So die Verordnung über die Zuständigkeit der Vorgerichte, der Antrag über Erhöhung der Rentenbezüge für Kriegsdienstverweigerer, über die Auflösung der Anstaltungskommission für Wehrtruppen und Wafen, über die Annahme von Notgeld durch die Reichsbank. Nach Wiederauftritt des Vorkonvents werden voraussichtlich in den ersten Sitzungen die Anträge und Vorlagen über die neue Justizreform zur Beratung kommen.

Aus dem Sparauschuß.

Auch Länder und Gemeinden sollen abhauen.

Im Sparauschuß des Reichstages wurde festgestellt, daß im Reichsministerium für die besetzten Gebiete die Beamten und Angestellten bis Ende Januar dieses Jahres um 18,7 Proz. vermindert waren. Es folgte eine ausführliche Ansprache über allgemeine Finanzfragen, an der sich auch der Reichsfinanzminister Dr. Luther durch Erteilung von Auskünften und offenermüthigen Darlegungen insbesondere über das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Ländern beteiligte. Am Anluß hieran wurde die Reichsregierung ersucht, aus Erparnisgründen dafür zu sorgen, daß nicht mehr als notwendig gewordenen Beamten u. a. bei der einmaligen Befehlshaber Beamtenstellen und beim Ersatz für ausgeschiedene Angestellte in erster Linie untergebracht werden. Ferner war es der Wunsch des Ausschusses, daß

die Sparbeauftragten bei den Landesfinanzämtern unter der Leitung des Sparkommissars mit der Unterbringung leistungsfähiger Arbeitsempfänger usw. und mit dem Geräte- und Raumausgleich beauftragt werden sollen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Sparauschuß einstimmig eine Entschließung an, worin betont wurde, daß der Personalabbau im Reich auf die Dauer undurchführbar sei, wenn er in Verbindung mit den übrigen Sparmaßnahmen nicht auch in Preußen und den übrigen Ländern sowie in den Gemeinden und den Gemeindeverbänden auf das schärfste durchgeführt wird. Dasselbe gelte auch für die Beförderungspersonen. Ein Eingreifen sei um so notwendiger, als die Personalkosten der Länder und Gemeinden zurzeit noch überwiegend vom Reich getragen werden. Die an die Länder stehenden Bezahlungszuschüsse müßten mindestens in einem dem erforderlichen Personalabbau entsprechenden Maße gekürzt und spätestens mit dem Zeitpunkt eingestellt werden, in dem die Länder und Gemeinden auf eigene Einnahmen angewiesen sind.

Im Verlauf der Sitzung wurde auch über den Neuaufbau der Reichsbeamten gesprochen. Von den Mitgliedern der Sozialdemokratie wurde zu dieser Frage eine Entschließung eingebracht, die eine Aufhebung der entsprechenden Bestimmungen des Reichsstatutens fordert, nachdem in den Ländern doch der alte Zustand fortbesteht. Dieser Antrag wurde vorläufig zurückgestellt. Er soll am 12. Februar beraten werden.

Der französische Parteitag.

Marseille, 31. Januar. (WTB.) Sanderselds begrüßte den Parteitag im Namen der belgischen Sozialisten und sagte: Die belgischen Gebiete Belgiens berührten sich mit den französischen. Deshalb müßten die Sozialisten beider Länder stets in der Forderung gerechter Reparationen einig sein. Um die Sache des europäischen Friedens stehe es trotz dem Optimismus der Regierungen immer noch ernst. Die internationalen Sozialisten müßten ihre Anstrengungen verdoppeln, um dem Friedenswillen der Völker zum Durchbruch zu verhelfen. Der Redner betonte weiter die politische Lage Russlands, Deutschlands, Frankreichs und Englands. Macdonald werde den Sozialismus nicht vernichten, werde aber den englischen Arbeitern die großen sozialen Fragen näher bringen. Bei den nächsten Wahlen werde dann jeder in der Lage sein, sich für oder gegen die sozialistische Lehre zu entscheiden. Sanderselds begrüßte das Erwachen des Sozialismus in den Ländern, in denen der Krieg ihn vorübergehend geschwächt habe. Er habe die Ueberzeugung, daß

die Wissenschaft und der Friede über die Unwissenheit und den Krieg siegen würden, wie Pasteur gesagt habe.

Für die englische Arbeiterpartei appellierte Williams an die Einigkeit aller Arbeiterverbände im Kampfe gegen die Reaktion.

Paris, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der am Mittwoch auf dem Sozialistischen Parteitag in Marseille erstattete Rechenschaftsbericht des Aktionskomitees hebt die erfreulichen Fortschritte im abgelaufenen Jahre hervor. Seit der auf dem Kongress am Tours erfolgten Trennung hat die Partei einen Zuwachs von 57 000 Mitgliedern zu verzeichnen, während bei den Kommunisten die eingeschriebenen Anhänger von 130 000 auf etwa 30 000 zurückgegangen sind. Bei den letzten Kantonalwahlen hat die Sozialistische Partei zwei Drittel aller Arbeiterstimmen auf sich vereinigt, während die Kommunisten nur ein Drittel erhalten haben. — Zu einer lebhaften Diskussion führte die Frage des Zusammenschlusses mit der Sozialistisch-kommunistischen Vereinigung, jener Minderheit, die sich von der kommunistischen Partei getrennt hat, und mit der selbständigen Gruppe der Französischen Sozialisten. Grumbach schlug vor, diese Frage zurückzustellen bis nach den Neuwahlen, da die Partei sonst den Eindruck erwecke, als ob sie lediglich auf Stimmjagd ausginge. Er sprach sich außerdem gegen die von den Französischen Sozialisten verlangte Einsetzung eines Komitees zur Vorbereitung des Zusammenschlusses aus. Longuet vertrat die Ansicht, daß man zwischen der Sozialistisch-kommunistischen Vereinigung und der Gruppe der Französischen Sozialisten unterscheiden müsse; die letzteren besaßen andere internationale Ziele als die Vereinigten Sozialisten. Dagegen sei mit der Sozialistisch-kommunistischen Vereinigung eine rasche Verständigung möglich, und es handele sich nur noch darum, die richtige Taktik des Vorgehens zu finden. Renaudel ist ebenfalls prinzipiell für die Vereinigung, tritt aber dem Antrag Grumbachs bei, die Frage bis nach den Neuwahlen zurückzustellen. Ein dahingehender Antrag Renaudets wurde nahezu einstimmig angenommen.

Macdonalds Außenpolitik.

London, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ramsay MacDonald ist heute abend von seiner Schottlandreise zurückgekehrt und hat sofort seine Arbeit im Außenamt wieder aufgenommen. Die Antwort Poincarés auf seinen Brief wird er morgen, Freitag, durch den französischen Botschafter erhalten. Inzwischen kommentiert die Presse immer noch den durch den Briefwechsel geschaffenen politischen Zustand und betont, daß durch den freundlichen Ton, der in dem Briefe Macdonalds an Poincaré abwahte, die politische und diplomatische Atmosphäre zwischen London und Paris sich offensichtlich gebessert habe.

Die Regierung Macdonald unterzieht sich allen erdenklichen Anstrengungen, um die de-jure-Anerkennung Sowjetrusslands nach vor dem Wiederauftritt des englischen Parlaments am 12. Februar zur vollzogenen Tatsache zu machen. Macdonald hofft, diese Maßnahme bis dahin oder aber wenige Tage nach Wiederauftritt des Parlaments durchgeführt zu haben. Dabei soll diese Anerkennung Sowjetrusslands nicht, wie es die oppositionelle Presse darzustellen beliebt, ein „shake hands“ (Händeschütteln) mit der Sowjetmacht bedeuten, sondern rein realpolitisch die Möglichkeit und die Handhabung dazu bieten, mit der Sowjetregierung über verschiedene bedeutende Fragen, wie die der Kriegsschulden und der künftigen Handelskredite, in Verhandlungen einzutreten. In seinen Absichten wird Macdonald von Tag zu Tag mehr unerschrocken auch von einflussreichen englischen Finanz- und Handelskreisen, die stets einer künftigen Zusammenarbeit zwischen der englischen und russischen Wirtschaft große Vorteile für England erhaltungsbedürftigen Außenhandels erblicken.

Snowdens Budgetreform.

London, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das öffentliche Interesse in England konzentriert sich nunmehr vornehmlich auf die Budgetreform, die Philip Snowden, der neue sozialistische Schatzminister, vorbereitet und in der er an verschiedenen Ausgaben des Staatshaushalts wesentliche Abstriche zu machen gedenkt. Wie verlautet, spielt in dem neuen Reformplan Snowdens eine wichtige Rolle die Besteuerung eine große Rolle, die einen Unterschied zwischen kleinen und höheren Einkommen macht. Snowden will einen großen Teil der bestehenden Steuerlasten durch ein gerechtes Ausgleichssystem auf die verschiedenen Bedürfnisse verteilen und insbesondere die Winderdemittel entlasten. Außerdem plant er verschiedene für den staatlichen Unterhalt der englischen Bevölkerung überaus wesentliche Sozialleistungen.

England und Indien.

Delhi, 31. Januar. (WTB.) Bei der Eröffnung der gesetzgebenden Versammlung sagte Visveswari Lord Reading u. a., die Regierung sei fest entschlossen, den Gewaltthatigkeiten und Verwundungen in Bengalen ein Ende zu machen. Konstitutionelle Veränderungen seien ohne Zustimmung des britischen Parlaments und Volkes unmöglich.

Ministerpräsident Jagul Balha. Wie aus ein eigener Bericht aus London meldet ist der Führer der ägyptischen Nationalisten, der bei den jüngsten Wahlen siegreichen Partei, Jagul Balha vom König Fuad mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Folgen des Beamtenabbaues.

Druck auf den Arbeitsmarkt und die Gehälter.

Aus Angestelltenkreisen wird uns geschrieben:

„Sind die Löhne in Deutschland schon an sich im höchsten Maße unzureichend, so ist jetzt ein neues Moment hinzugekommen, um auf die Entlohnung zu drücken, nämlich die Tatsache des massenhaften Abbaues von Beamten. Bei großen Handels- und Industrieunternehmen gehen jetzt jeden Tag ganze Bündel von Briefen ein, in denen sich abgebaute Beamte oder solche, die demnächst abgebaut werden, zu irgendwelchen Stellen an-bieten. Von Gruppe XI (Oberregierungsräte) bis herab zur Gruppe I sind unter diesen Beamten alle Kategorien ver-treten. Vereinzelt werden zwar Ansprüche gestellt, die zeigen, daß viele Beamte im Reichs-, Landes- und Kommunaldienst von der Entlohnung in den Privatbetrieben keine Ahnung haben und die in den Personalbüros nur höhnische Glansen auslösen; in der Regel aber bieten sich die abgebauten Beamten zu einer sehr niedrigen Entlohnung an. Viele weisen sogar darauf hin, daß sie ein Wartegeld beziehen und daß sie deshalb viel billiger arbeiten könnten als andere Angestellte. Das massen-hafte Angebot der abgebauten Beamten auf dem Arbeitsmarkt wird namentlich die Angestelltenorganisationen in den nächsten Monaten vor eine sehr schwierige Aufgabe stellen. Dringen abgebaute Beamte mit ihren geringen Ansprüchen in größerem Um-fange in die Industrieunternehmen ein, so muß das von neuem ver-derberend auf die Gehälter einwirken.“

Protest des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Der Deutsche Eisenbahnerverband wollte seine Mitglieder durch Abstimmung darüber entscheiden lassen, ob sie sich der An-ordnung einer verlängerten Arbeitszeit widerspruchlos fügen oder aber dagegen ankämpfen wollen. Die Durchführung dieser am 26. und 27. Januar vorzunehmenden Abstimmung ist durch das Eingreifen der ausnahmsweise regierenden Generale in Sachsen und in Bayern gestört worden. In Sachsen sind mehrere Funktionäre des Verbandes, die als Leiter der Abstimmung tätig waren, verhaftet worden. (Die vier in Dresden verhafteten Kollegen sind inzwischen wieder freigelassen worden.) In Augsburg und wahrscheinlich auch in den anderen bayerischen Städten wurde die Abstimmung einfach verboten.

„Der Deutsche Eisenbahner“, das Organ des Verbandes, ver-öffentlicht gegen dieses Vorgehen in seiner jüngsten Ausgabe einen Protest gegen die in diesen Boeinträchtigungen hervorgerufenen Entschärfungen auf das Koalitionsrecht der Eisenbahner. Der Protest wendet sich gegen den immer unerträglicher werdenden Ausnahmestand, dessen Aufhebung gefordert wird.

Der gegenwärtige Personalstand der Reichsbahn beträgt 884 000. Abgebaut sind bis jetzt 127 000 Bedienstete. Nach einem Erlaß vom 21. Januar sollen noch weitere 5 Prozent abgebaut werden, etwa 44 000 Mann. Im besetzten Gebiet waren 172 000 Bedienstete, wovon die Regie 58 000 wieder eingestellt hat. In dem Arbeitslosenheer sind die Eisenbahner mit-hin mit rund einer Viertelmillion „Abgebaute“ vertreten. Der Kampf der Eisenbahner um die Beibehaltung des grundsätz-lichen Achtstundentages bedeutet zugleich einen Solidaritäts-beweis für diese „Abgebaute“, deren Wiedereinstellung um so mehr in Frage gestellt wird, je mehr die Arbeitszeit verlängert wird.

Rücksichtslosigkeit gegen Stellungsuchende.

Von dem Betriebsrat einer staatlichen Behörde wird uns ge-schrieben:

„Die gegenwärtige traurige Lage des Wirtschaftsmarktes hat zur Folge, daß die industrielle Arbeitslosenrate von Tag zu Tag wächst. Auf jedes Stellenangebot, das in der Presse ausgeschrieben ist, erfolgen hunderte von Bewerbungen. Infolge dessen werden naturgemäß nur das eine oder andere Berücksichtigung findet. Dies-fach werden von den Bewerbern Zeugnisabschriften beige-fügt, um deren Rückgabe geboten wird. In zahlreichen Fällen ist nun in der letzten Zeit beobachtet worden, daß die Herren Arbeitgeber es trotz beigefügtem Rückporto nicht für nötig gehalten haben, den Bewerbern ihre Zeugnisse wieder zuzustellen. Mag man auch zu-

gunsten der Unternehmer annehmen, daß dies in den letzteren Fällen auf Bösartigkeit zurückzuführen ist, so ist doch selbst die bloße Rücksichtslosigkeit schwer zu beurteilen. Wer sich einmal klar gemacht hat, welche Hoffnungen auf ein solches Gesuch gesetzt wurden, unter welch schweren Opfern mitunter Schreibpapier, Zeugnisabschriften, Briefmarken usw. beschafft wurden, der wird nachempfinden, welch wirtschaftliche und menschliche Roboter in einem solchen Verhalten liegt. An das Unternehmertum, soweit es sich im Zeitalter eines Stinnes noch einen Rest sozialer Gesinnung bewahrt hat, richten wir daher die Aufforderung, wenigstens die elementarsten Grund-sätze vollkommener Anstandes zu wahren. Die Arbeiter und Angestellten aber würden sich um sich selbst ein Verdienst erwerben, wenn sie derartige Fälle von Unternehmerrücksichtslosigkeit sammeln und der Öffentlichkeit die Namen der Arbeitgeber zur Kenntnis brächten, die schamlos genug sind, sich noch an den Großen der Welt zu bereichern.“

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz Große Wohlfahrtskonferenz

(Beschluss des erweiterten Bezirksvorstandes)
am Montag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im Bürger-saale des Berliner Rathauses, Eingang Königstraße.
Tagesordnung: „Zweck und Ziel der Arbeiter-wohlfahrt“. Referent: Genossin Anna Todenhagen.

Ein geladen sind: Die Kreisvorsitzenden, alle Deponenten der Wohl-fahrts- und Jugendwohlfahrtsämter, die Vorsitzenden und Mitglieder der Wohlfahrtskommissionen sowie die Leiter und Leiterinnen der Kreis-ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt und die komm. Kommissionen.

Der Streik in der Damenhut-Industrie.

Aus der Versammlung der Streikenden am Donnerstagnach-mittag berichtet die Streikleitung: Die fortgesetzten Versuche der Fabrikanten, Streikbrecher in ihre Betriebe hinein-zubekommen, haben so wenig Erfolg gehabt, daß die für die Streik-enden günstige Lage dadurch nicht im geringsten beeinflusst werden kann. Daß der Kampf in zwei Wochen nicht beendet sein würde, war von vornherein vorauszusetzen, denn die Fabrikanten sehen alles daran, um den Arbeitnehmern ihren Willen aufzuzwingen. Sie haben sich, wie ihre Maßnahmen zeigen, auf einen Kampf von drei Wochen eingerichtet. Die Streikenden werden, wenn es sein muß, auch noch länger aushalten. Die finanzielle Unter-stützung der Streikenden ist völlig gesichert. So wie die Lage in Berlin ist, so ist sie im allgemeinen auch bei den Streikenden in Dresden und Breslau. Die Versamm-lung nahm einstimmig eine Resolution an, welche besagt, die Streik-enden sind nach wie vor bereit, auf Grund ihrer Forde-rungen in Verhandlungen einzutreten. Sollten die Arbeitgeber ablehnen, zu verhandeln, so werden die Streikenden ihren Kampf bis zum Siege durchzuführen.

Der Streik der Herrenbutarbeiter in Homburg und Friedrichsdorf ist beigelegt. Damit fällt der Grund für die von den Unternehmern angedrohte Aussperrung in der Herren-butfabrikation fort.

Die Kommunisten spalten die Gewerkschaften!

Am 29. Januar fand in den Daimler-Werken eine Betriebsversammlung statt. Zu dieser erschien auch der Vertreter der „Union der Hand- und Kopfarbeiter“, der in Berlin satimam bekannte Weher. In seinen Darlegungen wies er darauf hin, daß von der kommunistischen Partei ein heftiger Kampf geführt wird, wegen der Frage der Eroberung der Gewerkschaften. Er vertrete grundsätzlich die Auffassung, daß die jetzige Gewerkschaftsbewegung, d. h. die Amsterdamer Richtung, zertrümmert werden müßte. Er könne mit einer gewissen Verteidigung feststellen, daß seiner Auf-fassung nach die Kommunisten in Berlin, als auch in der Inter-nationalen in Moskau den Sieg errungen haben, so daß jetzt die Parole heißt: Heraus aus den freien Gewerkschaften, um sie zu zertrümmern.

Die Arbeiter können aus diesen Behauptungen erkennen, welche schädigende Tendenz die Auffassung und Propaganda jener Leute hat.

Die Firma Deutsche orthopädische Werke G. m. b. H., Mez-am-drimenstr. 12/13, hat mit dem Zentralverband der Schuhmacher einen Sondervertrag abgeschlossen, der zurzeit einen Stundenlohn von 60 Goldpfennig vorsieht. Dieser Vertrag enthält eine Kündi-gungsfrist von einem Monat zum jeweiligen Monatsende und ist jetzt von der Firma gebrochen worden. Ohne mit der Vertrags-partei Rücksprache zu nehmen, hat die Firma den Schuhmacherges-bissen den Stundenlohn auf 40 Pf. heruntergelegt. Da die Arbeiter gegen diese Lohnherabsetzung Einspruch erhoben, sind sie am 31. Januar ausgesperrt worden.

Zentralverband der Schuhmacher, Drisoerwaltung Berlin.
Angestellte der Buchbinderei- und Buchdruckereibetriebe! Der Verband der Berliner Buchbindereibesitzer hält uns zu Tarifver-handlungen zwecks Festlegung der Januargehälter zum 31. Januar geladen. Bei der Eröffnung der Sitzung wurde uns mitgeteilt, daß der Verein es ablehnt, mit uns in Verhandlung bezüglich der Regelung der Januargehälter einzutreten. Die Arbeitgeber forder-ten für den Monat Januar einen Gehaltsabbau von dem für November vereinbarten Gehaltsföhen, ohne Rücksicht darauf, daß durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 5. De-zember die Novembergehälter für den Monat Dezember erhöht wurden.

Da unseren Wünschen in bezug auf Erhöhung der November-gehälter für den Monat Januar nicht Rechnung getragen wurde, sind die Verhandlungen zwecks Festlegung der Januargehälter ange-keren worden. Wir empfehlen den Angestellten, durch die Betriebsvertretungen, wo solche nicht bestehen, persönlich, den Ar-beitgebern zu erklären, daß diese Gehaltszahlung nur unter Vorbehalt angenommen wird. Weitere Mitteilungen gehen den Betriebsfunktionären zu, sobald sich in dieser Frage etwas Neues ergibt. Bezüglich der Arbeitszeiterlängerung bemerken wir, daß auf Grund des Tarifvertrages nur wöchentlicher 48 Stunden zu leisten sind. Eine geforderte längere Arbeits-zeit ist abzulehnen unter Hinweis darauf, daß der Tarifvertrag, in dem die Arbeitszeit geregelt ist, bis zum 31. März läuft.

Metallarbeiter! Bezüglich des Tarifvertrages A Ziff. 2 mit der am 5. Januar 1924 getroffenen Zulagebestimmung hat in der Kon-ferenz am 31. Januar das RMV. dahingehend entschieden, daß auch der Tarifvertrag, abgeschlossen zwischen RMV. und RMZ., Rahmenvertrag A Ziff. 2, auf Grund des § 12 der Verordnung vom 21. Dezember 1923 mit 30-tägiger Frist kündbar ist. Damit tritt also ab 4. Februar 1924 die neue Fassung der Tarifbe-stimmung (siehe Nachtrag 2 US.) in Kraft.

Die Drahtwalzer in Westfalen (Hamm) befinden sich zurzeit im Streik. Arbeitsangebote nach dort sind unter allen Um-ständen abzulehnen. Die Drisoerwaltung des RMV.

Der Streik im rheinischen Kohlenbergbau hat sich noch verschärft. Auf der letzten noch arbeitenden Grube Dahnatus (Rheinische Aktien-gesellschaft) haben heute ortsfremde Ausschüßlinge in großer Zahl die arbeitende Belegschaft von der Arbeitsstätte vertrieben und den Be-trieb stillgelegt.

Die englischen Dodarbeiter haben bekanntlich mit der Nieder-legung der Arbeit für den 16. Februar gedroht, falls bis dahin nicht eine Neuregelung der Lohnfrage erfolge. Der Arbeitgeberverband hat nunmehr beschlossen, neue Verhandlungen mit den Dodarbei-tern in dieser Frage zu eröffnen.

Die Zahl der streikenden Spinnerelarbeiter in Bombay ist auf 140 000, die der stillgelegten Spinnereien auf 75 gestiegen.

Achtung, SPD-Soldaten! Der Bezirk Nordost! Am Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Bobstoblen, Golenzhauser Str. 11, wichtige Zusammenkunft aller im Bezirk Nordost wohnenden SPD-Soldaten. Parteiausweis legitimiert. Der Bezirksauschuss.

Deutscher Gewerkschaftsverband, Generalversammlung aller in der Rahmen- und Goldblechindustrie beschäftigten Werksmeister heute abend 7 1/2 Uhr im Maschinenbau, Brandenburger Wer. Erscheinen unbedingt notwendig. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Funktionärenversammlung aller Beamten und Beamter heute abend 7 1/2 Uhr im großen Saale von Altem, Rosen-straße 13. Um 8 Uhr ebendort Sitzung der Erweiterten Drisoerwaltung. Deutscher Bauernverband, Siedlergruppe Kiebau, Sonntag vormittags 10 Uhr im Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24/25, Versammlung. Mitgliedschaft des Bauernverbandes legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Verantwortlich für Politik: Groß Redakt: Wirtschaft: J. H. Groß Redakt; Gewerkschaftsbewegung: A. Chorna; Revolution: R. H. Pöcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karpf; Anzeigen: Th. Glacke; Schriftlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Platz 1, Berlin.

Weiße Woche

A. Wertheim

Extra-Preise

<h3>Halbfertige Damen-Wäsche</h3> <p>Hemden, Beinkleider, Untertaillen aus guten Stoffen mit elegantester Stickerei (ungenäht), Marke „Emsa“, gen. geschützt</p> <table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <thead> <tr> <th></th> <th>Damenhemden</th> <th>Beinkleider</th> <th>Untertaillen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Serie I</td> <td>335</td> <td>335</td> <td>215</td> </tr> <tr> <td>Serie II</td> <td>390</td> <td>390</td> <td>285</td> </tr> <tr> <td>Serie III</td> <td>450</td> <td>450</td> <td>340</td> </tr> </tbody> </table> <p>kräftige Qualität 75 Pf. 95 Pf. ca. 80 cm breit 125 ca. 86 cm breit, 140 cm 85 Pf. 165 Halbleinen, kräftige Qualität, ca. 150 cm breit 295</p>		Damenhemden	Beinkleider	Untertaillen	Serie I	335	335	215	Serie II	390	390	285	Serie III	450	450	340	<h3>Trikotagen</h3> <p>Damen-Hemdchsen weiß Trikot 195 Damen-Hemdchsen weiß fein gerippt 205 Damen-Hemdchen weiß gerippt 95 Pf. 105 Damen-Untertaillen weiß Trikot 115 Blusenschöner weiß Wolle . . . 695 Herren-Trikothemden weiß mit gestreiftem Einsatz 305 Herren-Sweaters, weiß Wolle, stark 3 Größen 13 M 15 M 1650</p> <h3>Weißwaren</h3> <p>Morgen-Haube aus getupptem Mull mit Valenciennes-Spitzen und farbiger Bandgarnitur 140 Bubi-Kragen aus Opalstoff Stück 115 " mit Jabot u. Valenciennes-Filet-Spitzen-Garnitur 350 Plissee-Kragen 18 cm breit, mit breit. Saum, Stück 285 " 20 cm breit, m. Bogen-Hohlraum, Stück 390 Jacken-Kragen aus Opalstoff mit Valenciennes-Spitzen-Garnitur, Stück 105 Ball-Schals Kanadaseide in vielen Farb. (Webfehler) 145</p>	<h3>Küchenhandtücher 80 Pf.</h3> <p>„Gerstenkorn“, mit roter Kante . . . Meter</p> <h3>Küchenhandtücher 125</h3> <p>„Gerstenkorn“ Meter</p> <h3>Stubenhandtücher 75 Pf.</h3> <p>„Gerstenkorn“ Meter</p> <h3>Stubenhandtücher 140</h3> <p>Jacquard* ges. u. geb. Gr. 48/100</p> <h3>Tischtuchstoffe 360</h3> <p>gebleicht, schwere Qualität, rein Leinen Meter</p> <h3>Tischtücher 480</h3> <p>„Jacquard“, gebleicht, 110/150</p> <h3>Servietten 85 Pf.</h3> <p>„Jacquard“, gebleicht</p> <h3>Künstler-Decken 980</h3> <p>Blumenmuster Gr. 130/160 cm</p> <h3>Teegedeck 1125</h3> <p>mit 6 Servietten farbig . . Gr. 130/160 cm</p> <h3>Tafelgedeck 26 M</h3> <p>mit 6 Servietten Reinleinen, gebl., 178/178</p>
	Damenhemden	Beinkleider	Untertaillen															
Serie I	335	335	215															
Serie II	390	390	285															
Serie III	450	450	340															

Taschentücher mit bedruckter Kante **18 Pf.** Linon **25 Pf.** gebogt, mit gestickter Ecke **28 Pf.** mit Spitze **65 Pf.**

Die Zwangsarbeit der Erwerbslosen.

Die Stadtverordnetenversammlung endet mit Stinkbombenwürfen und Saalsucht.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung konnte man gestern fast hoffen, daß die Beratungen über die Frage der Entlohnung der zu Notstandsarbeiten herangezogenen Erwerbslosen ohne den Kraken der vorletzten Sitzung verlaufen und sogar mit Annahme aller wesentlichen Bestandteile des Kommunisten-Antrages enden würde. Aber die Kommunisten hätten, wenn es so gekommen wäre, das gewiß nicht als einen Erfolg betrachtet, denn sie brauchen den Kraken. Der sozialdemokratische Redner, unser Genosse Platow, unterstützte den Antrag, dessen erster Teil sich mit der Forderung eines schon früher angenommenen Antrages der sozialdemokratischen Fraktion deckt. Er verurteilte scharf die Entlohnung der Erwerbslosen die für die ihnen auferlegte Zwangsarbeit nicht den Tariflohn erhalten. Der Kommunist Schumacher mühte sich im Schlußwort, den Einbruch dieser Rede abzumildern. Es paßte ihm nicht, daß die sozialdemokratische Fraktion an der Forderung festhielt, die der Magistrat unter Berufung auf das Gesetz ablehnt. Er brachte es fertig, den auf der Tribüne sitzenden Kommunisten zuzurufen, sie sollten sich nicht auf Beschlüsse verlassen. Man sieht, wie „ernst“ es ihm mit der Forderung war, den Antrag zum Beschluß zu erheben. In der Abstimmung über den ersten Teil waren alle Bürgerlichen einig in der Ablehnung, doch zeigten ihre Reihen manche Lücke, so daß Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen die Mehrheit hatten und die Annahme durchsetzten. Daß mit derselben Mehrheit auch die übrigen Teile nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen wurden, verhinderten ein paar zu rechter Zeit sich einstellende Stinkbombenwerfer. Sie dienten der Rechten als willkommenen Anlaß, den Saal zu räumen, so daß Beschlüßunfähigkeit eintrat. Nach Abbruch der Sitzung stritten Gruppenregierer Stadtverordneten darüber, von wo die Stinkbombenwürfe gekommen seien, ob von den Kommunisten der Tribüne oder — von der rechten Seite des Saales. Aber darüber bestand kein Zweifel, daß die Stinkbombenwerfer die Geschäfte der Rechten besorgt hätten. Wer will diese Dummheit einem Kommunisten nicht zutrauen?

In der gestrigen Sitzung führte zunächst eine Anfrage der Deutschnationalen eine Erörterung herbei. Frau Kausler hat am 17. Januar angefragt, wie der Magistrat der Not der Obdachlosen abhelfen wolle, die zu Hunderten in der Kälte die Nacht auf der Straße verbringen müssen, weil sie in der Anstalt in der Friedenstrasse keine Aufnahme finden. Stadtrat Hinge gab an, daß am 23. Januar die Zahl der Obdachlosen 5238 betragen habe, daß einschließend der im Familienheim, in der Geschlechtskrankeinstation usw. Befindlichen die Zahl sogar auf 6321 an diesem Tage sich belaufen habe. Diefen Riesenanhang normal zu bewältigen, sei der Verwaltung unmöglich gewesen, man habe die Korridore zu Hilfe nehmen müssen. Die Verwaltung habe sich alle erdenkliche Mühe gegeben, Abhilfe zu schaffen, aber es sei weder gelungen, die erwähnte Station aus dem Obdach zu entfernen, noch das Hof in der Wiesenstrasse dem Obdach anzugliedern. Immerhin habe man 150 in der Station freierwerbende Plätze für das Familienheim verwenden und so entsprechenden Raum für Obdachlose gewinnen können; auch in Rumstelsburg sei einmole Unterkunft beschafft worden. Der Zustrom von außerhalb sei ungeheuer, auch aus dem besetzten Gebiet; die Ursache seien die elenden Wohnverhältnisse und die riesige Arbeitslosigkeit; unter den Obdachlosen befänden sich auch solche, die in Lohn und Brot stehen! Die Verwaltung werde auch weiter alles anbieten, um Abhilfe zu schaffen. — Genosse Claus war von dieser Antwort nicht befriedigt. Den unwürdigen Zuständen in Obdach müsse endlich Einhalt getan werden, vor allem durch endliche Befreiung der Krankenstation für die Prostituierten aus dem Obdach, nachdem das „Provisorium“ in diesem Punkte nun glücklich 29 Jahre gedauert habe. Für die Geschlechtskranken müsse eine besondere Anstalt errichtet oder eines der städtischen

Krankenhäuser in Anspruch genommen werden. — Dequieres erklärte Stadtmagistrat Rabnow für unzulässig. Stadtrat Hinge verweist noch darauf, daß von Mitte Februar ab eine Entlassung des Obdachlosen um etwa 2000 Köpfe durch Abzug auf das Land usw. zu erwarten stehe.

Hierauf stand die zweite Beratung der Vorlage wegen Unterstützung der

vom Wehrkreis-Kommando III begründeten „gemeinnützigen Notverforgung“ G. m. b. H.

an. Vor acht Tagen hatte eine große Mehrheit abgelehnt, die Vorlage einer Ausschußberatung zu würdigen. Für die zweite Beratung hatten die Deutschnationalen beantragt, unter der Voraussetzung, daß der Warenerwerb unter angemessener Heranziehung des Kleinhandels und ohne Schädigung der berechtigten Interessen derselben nur an die wirklich noleidenden Kreise erfolgt, die „Notverforgung“ G. m. b. H. durch kostenfreie Stellung von Bureau- und Verkaufsräumen und durch Uebernahme einer Bürgerschaft von 500 000 Goldmark zu unterstützen. — Granaß (Dnat.) gab sich Mühe, die Harmlosigkeit dieses doch so überaus menschenfreundlichen Angebots nachzuweisen. In der Beratung erklärte Schwend (Komm.), daß die Kommunisten die Vorlage und auch den jetzigen Abänderungsantrag ablehnten. Eine weitere Erörterung fand nicht statt. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag der Deutschnationalen mit 147 gegen 36 Stimmen verworfen, ebenso auch die Magistratsvorlage.

Den von der Mehrheit der Versammlung angenommenen Antrag der Sozialdemokraten, daß bei den Notstandsarbeiten die zu vermittelnden Arbeiter nur zum Tariflohn angefordert und vom Arbeitsnachweis vermittelt werden dürfen, hat der Magistrat am 28. Dezember abgelehnt, weil der Antrag gegen reichsrechtliche Bestimmungen verstoße. — Gen. Heitmann berichtete über die hierüber erfolgten Ausschüßberatungen. Die Ausschüßmehrheit hat, von dieser Ablehnung Kenntnis zu nehmen, aber an dem Beschluß festzuhalten, empfohlen. Sodann hat sich der Ausschüß mit dem kommunistischen Antrage zur Steuerung der Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter beschäftigt. Der 1. Beschlus des eben erwähnten Ausschüßbeschlusses, 2. die sofortige Aufhebung der Sperrung der Unterbringung, wenn sie erfolgt, weil die Annahme nicht tarifmäßig bezahlter Arbeit verweigert wurde, 3. Aufhebung der Karenzzeit, auch für alle Erwerbslosen, die bei Lohnkampfen arbeitslos werden, 4. sofortige Zurverfügungstellung geeigneter Räume zum Aufenthalt der Erwerbslosen fordert. Mit einer Mehrheit aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrum hat bei schwacher Präsenz der Bürgerlichen der Ausschüß diese 4 Punkte mit einigen Modifikationen angenommen.

Stadtrat Böhm legte erneut dar, daß die Stadt bezüglich der Erwerbslosenunterstützung

— auch betrefis der Notstandsarbeiten — durchaus von Reich und Staat abhängig sei; sie sei an die organisierten Bestimmungen gebunden und würde im Falle der Uebertragung die Zuschüsse des Reichs einbüßen. Tatsächlich habe 4500 Erwerbslosen die Unterstützung entzogen werden müssen, weil sie die Annahme von Arbeit verweigert hätten (Ertragte Jurise vor der Zuhörertribüne.) Ebenfalls sei das Verlangen des Fortfalls der Karenzzeit mit den Gesetzeskraft habenden Bestimmungen unvereinbar. Immerhin komme auch bei den Notstandsarbeiten ein Verdienst von 15 R. heraus. (Heftiger Widerspruch auf der Tribüne.) Die Anträge seien für den Magistrat nicht annehmbar. Dr. Reumann (D. Sp.) wiederholte mit Betonung die Anführung des Magistratsvorsitzers, daß von den 5 Millionen Goldmark, die für die Erwerbslosen im Dezember gezahlt seien, nur 200 000 R. aus den Kassen Berlins stammen, daß es also schon im Interesse der Erwerbslosen selbst für die Stadtverwaltung ausgeschlossen sei, den bestehenden Vorschriften entgegenzuhandeln. Das Verlangen tarifmäßiger Entlohnung für Notstandsarbeiten hält Dr. Reumann auch sachlich für unberechtigt und suchte seine These speziell an dem Beispiel des Schneefächers zu beweisen. (Die Jurise von der Zuhörertribüne veranlaßten den Vorsteher zu der Erklärung, daß er, wenn diese störenden Jurise anbauerten, die Tribüne unabsichtlich räumen lassen werde.) In den sonstigen Ausschüßvorschlägen verhielt sich Dr. Reumann zum Teil zustimmend.

Faeth (Dnat.) hielt die ganze Erörterung für zwecklos. Das Richtige sei die Ablehnung des ganzen Antrages; auch an der Karenzzeit dürfe nichts geändert werden. Genosse Platow: Die Beschlußfassung des Magistrats über unseren schon im September gefassten und angenommenen Antrag betr. die Notstandsarbeiten wäre vielleicht anders ausgefallen, wenn sie nicht erst am 28. Dezember, sondern schon vor der Verordnung vom 17. November erfolgt wäre. Hoff könnte man vermuten, daß er den Erlaß dieser Verordnung vorausgesehen hat. Die Anmerkung und Handhabung dieser Verordnung hat

zahllose Anzustößlichkeiten

im Gefolge gehabt. Ein erwerbsloser Klavierspieler oder Geiger, der zum Schneeschiffen herangezogen wird, kann dadurch auf die Dauer in seinem Berufe schwer geschädigt werden; das gleiche gilt von der „Pflichtarbeit“ z. B. auf Bauten. Solche Pflichtarbeit wird dadurch direkt zur Zwangsarbeit, das Recht auf Arbeit wird auf diesem Wege dem Arbeiter eskamotiert. Diese Wirkungen der ominösen Verordnung sind unerträglich; wir können daher an unserem früheren Beschluß nur festhalten. Zu der Arbeitsleistung muß selbstverständlich dem Erwerbslosen auch das Arbeitsgerät bzw. die Arbeitskleidung zur Verfügung gestellt werden; sonstbelästigt, wenn man ihm zumutet sich Gerät und Kleidung eigenen Abzug von der Erwerbslosenunterstützung anzuschaffen. Der Fortfall der Karenzzeit ist geradezu eine Notwendigkeit geworden, ansonsten der willkürlichen Massensperrungen, die die Reichsindustriellen vorgenommen haben. Frau Deutsch (Dem.) wollte von dem Antrage der Kommunisten überhaupt nichts wissen, und auch Frau Ehlers (R.) verhielt sich ihm gegenüber reserviert. Nachdem sich noch Herr Richard Runze wieder einmal hatte vernommen lassen, lebhaft um zu konstatieren, daß wieder leeres Stroh gedroschen sei, da es doch am Rütstien am Beside, fehle, batte die Aussprache ihren Abschluß gefunden. Am Schlußwort operierte Schumacher wieder mit scharfsten Provokationen; er ersieht Rettung aus dem heillosen hilflosen Zustand nur darin, daß man die Gegner der Kommunisten dem Galgen überantwortet und die „proletarische Arbeiterbildung“ aufrichtet. Auch das Wort „Stinkbombe“ fehlte in diesem Schlußwort nicht.

In der Abstimmung wurde die Nummer 1 des kommunistischen Antrages mit 80 gegen 75 Stimmen angenommen; das Zentrum stimmte mit der Minderheit, die Ränke der Bürgerlichen wiesen indessen starke Lücken auf. Als der Vorsteher-Stellvertreter A. Schmidt (Z.) zur Abstimmung über die weiteren Ausschüßvorschläge schreiten wollte, entstand im Saale auf der rechten Seite Verwirrung und Unruhe, weil von der Tribüne eine Stinkbombe in den Saal herabgeworfen worden sein sollte. Die auf der rechten Seite sitzenden Mitglieder verließen hastig die Tribüne und drängten zum Saal hinaus, und oberhalb fand eine Sitzung der Berliner Stadtverordneten wegen Beschlüßunfähigkeit ein unerwünschtes vorzeitiges Ende. — Schluß gegen 9 Uhr.

Hypnotisch geblendet.

Ein geheimnisvoller Fall.

Ein Fall, wie er in der Kriminalistik nur vereinzelt vorkommt, und der allem Anschein nach auf politische Motive zurückzuführen ist, beschäftigt gegenwärtig die Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums. Unter dem Verdacht, den Sohn eines hohen Offiziers im hypnotischen Zustande geblendet und sich homokexuell an ihm vergangen zu haben, ist der 30jährige aus Stettin stammende Dr. phil. B. verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Zu der Angelegenheit wird folgendes berichtet:

Vor einiger Zeit hatte der 21jährige Sohn eines in einem Berliner Vorort lebenden Generals einen Dr. phil. B. kennengelernt. Dr. B. gewann über den jungen Mann große Macht. Die Eltern bemerkten bald mit Befremden, daß ihr Sohn in fast rätselhafter Weise unter dem Einfluß Dr. B. stand, der ihn mit einem Wort zu lenken wußte, obwohl der junge Mann sonst nicht allzu nachgiebig ist. Eines Tages erblindete der junge Mann. Die Eltern brachten ihn zu einem weit über Berlin bekannten Augenarzt, der jedoch feststellte, daß die Augen vollständig gesund waren, und daß die scheinbare Erblindung, der keinerlei andere Krankheitszeichen vorausgegangen waren, auf eine schwere Nervensädigung zurückzuführen sei. Man suchte nun einen Neurologen auf, der durch Gegenhypnose die Blindung, allerdings ohne Erfolg, zu beheben suchte. Da erklärte Dr. B. den Eltern des bedauernden jungen Mannes, daß er auf Grund seiner in der Tat ausgezeichneten Kenntnisse über Hypnose die Heilung versuchen werde. Er wirkte

(Wiedruck durch Ballt-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Auf meine Gewissenhaftigkeit beim Geldeinsammeln könnten Sie sich verlassen.“
„Da wären Sie der erste, auf dessen Gewissenhaftigkeit beim Geldeinsammeln ich mich verlassen würde. Aber brauchen kann ich Sie.“ Er stieg, von Selbel, gefolgt, in den grünen Wagen, in dem, transportfertig, die zwölf funkelnden Schiffe standen.

Der kräftige Bursche mit Ledergürt, rotem Sweater und einem großen, pflaumenblauen, herzförmigen Mal auf der Backe tat, als habe er beim Puhren der Messingteile keine Pause gemacht. Der Besitzer schickte ihn hinaus. „Hier das Handgeld.“

„Handgeld brauche ich nicht. . . Ihre Schiffschaukel scheint übrigens ganz neu zu sein. . . Wenn Sie zufrieden sind mit mir, werden Sie mir meinen Lohn schon geben.“

Das hatte der Mann noch nicht erlebt. Beinahe verlegen sagte er: „Ja, ich habe die modernste Schiffschaukel der Messe. Kostete mich ein Vermögen! Das will verdient sein. Sie ist einen Meter siebzig höher als die der Konkurrenz. . . Können Sie morgen früh antreten?“

Schnellen Schrittes ging Selbel zu dem Altwarenhändler und holte den Gegenstand ab, den er nicht mitverkaufen wollte.

„Das einzige noch einigermaßen brauchbare Stück! Der ganze übrige Plunder ist vollkommen wertlos.“ wiederholte der Mann, der am Tage vorher heftig und erfolglos um den Besitz dieses Gegenstandes gekämpft hatte. „Eiender Plunder!“

„Wie kann eine Wohnanrichtungsgegenstände, in der eine große Familie fünfundsiebzig Jahre gelebt hat, plötzlich ganz wertlos sein!“ Selbel nahm den in braunes Packpapier eingewickelten Gegenstand unter den Arm. Stand eine Stunde später im Studierzimmer vor Jürgen, erklärte, auf dessen Fragen hin, mit drei Sätzen, welche Arbeit und weshalb er sie angenommen und welches Ziel er habe. „Ich will zu Geld kommen, reich werden. Sehr reich! Reicher, als ihr alle seid!“

„Bei einer Schiffschaukel? Du, ein mehr als gewissenhafter Mensch!“

„So vollkommen wirst du niemals, wie? Was würden die Leute sagen? . . . Mir jedoch ist das einerlei. Muß mir

gleich sein! Gutbürgerliche Gefühle und Sentimentalitäten kann ich mir nicht erlauben. Ich brauche Bewegungsfreiheit, um alle Möglichkeiten auszunutzen zu können. Im Magistratsbureau und auch in irgendeiner anderen festen Stellung gibt es keine Möglichkeiten für mich. Bin kein Fabrikantensohn. . . Ich will mein Ziel erreichen. Und ich werde es erreichen. Und dann werde ich erst recht rücksichtslos sein.“

„Dein Haß ist ja recht schön. . .“

„Wieso ist er schön?“

„Nun, ich kann deinen Haß begreifen; aber Reichtum ist doch kein erstrebenswertes Ziel. Was bist du, was hast du, wenn du reich bist und die Armen wie bisher arm bleiben und überhaupt alles so bleibt, wie es ist? Dann gehörst du bestenfalls zu denen, die gehaßt werden. Wem nützt du damit?“

„Mir!“ Aller Haß, der in einem Menschenkörper Raum hat, sammelte sich in Seidels Blick, gerichtet auf Jürgen, der immer sorgfältig gekleidet gewesen war, wie gehungert, regelmäßig gebadet und die Demütigungen der Armut nie erfahren hatte. „Du machst Worte. Du weißt doch sehr gut, was Reichtum bedeutet!“

„Ich war in anderer Hinsicht immer so arm wie du. In unserer Zeit sind die Menschen arm. Alle! Auch die Reichen, glaube ich. Furchtbar arm!“

Da konnte Selbel nur die Lippen verziehen. „Und was für ein Ziel hast du?“

„Ich weiß nichts. Gar nichts! . . . Das Ganze ist unerträglich. Ich sage: das Ganze muß ganz und gar anders werden.“

„Nun, dann wird es ja wohl anders werden.“ Dabei schälte er das Packpapier herunter von dem polierten, zartgebauteu Nähtischchen seiner Mutter und bot, Jürgen möge es für ihn aufbewahren.

„Wenn du schon alle Beziehungen zu deinem bisherigen Leben abbrichst, was hängtst du dich da an das Nähtischchen? Dieser Art Gefühle können dir — einem Menschen, der solche Ziele hat — doch nur hinderlich sein. Oder sollten Rücksichtslosigkeit und Sentimentalität einander vielleicht doch nicht ausschließen?“ Jürgen hätte nicht sagen können, weshalb er Selbel diesen Hieb versetzte.

„Mit dem Ding sind meine einzigen schönen Kindheits-erinnerungen verbunden. Wenn Mutter stürzte, sah ich am Boden, durfte mit dem Einsatz spielen.“ Er schob die Fräher-schulblende wieder hinein. „Na, heb's auf. . . Zweifello wird die ganze Hande auf die Messe kommen, um mich als Schiffschaukeladjukt zu sehen. Wägen sie kommen!“ Die

Lippen bebten. Die Sommersprossen traten stärker hervor, so weiß war das Gesicht geworden.

„Vielleicht wird er ein sehr reicher, geachteter Mann werden; im Magistratsbureau würde er ein mittelloser geachteter Mann geworden sein. . . Kein äußerliche Rangstufen: arm, wohlhabend, reich, sehr reich, sehr reich und gebildet, Millionär ohne, Millionär mit Geschmack und Kultur, Großfinanzier — die innere Linie ist bei allen dieselbe. So ist heute das Leben. . . Und ich? Wie siehts mit mir? Was soll, was will ich werden? Was und wie will ich sein? Wie werde ich in zwanzig Jahren sein?“ Jürgen fand keine Antwort.

Das jüngste Mitglied des von Jürgen gegründeten Bundes der Empörer, ein vor dem Abiturientenexamen stehender zuviel auf der Welt, entweder müsse er sich oder den Geschichtszweifel auf der Welt, entweder müe er sich oder den Geschichtszweifel vergiffen. Und war von seiner Ansicht nicht abzubringen gewesen durch Jürgens Entgegnung, daß dann ja immer noch einige tausend Geschichtspröfessoren am Leben bleiben würden.

Als einige Tage später auch noch die zwei anderen Mitglieder, fünfundsiebzigjährige, halb verhungerte Burschen, die behaupteten, als Matrosen und Goldgräber schon die ganze Welt gesehen zu haben, in der Villa erschienen waren, versehen mit einem Drahtreis voll Sperrhaken und entschlossen, die Wocheneinnahme eines Reggerrmeisters, der jeden Freitag verreist sei, unter Führung ihres Vorstehenden und mit Hilfe der Sperrhaken zu holen, war der Vorstehende Jürgen aus dem Bunde der Empörer ausgestiegen.

Die Aussprache mit einem schon älteren Manne, der sechszehn im Zimmer frei umherfliegende Kanarienvögel und eine Bulldogge besaß, aus Liebhaberei auch vorgebrachte Postkarten läuschend kolorierte und behauptet hatte, er halte die Fäden der anarchistischen Bewegung der ganzen Welt in seiner Hand, in Mexiko dürfte, entzündet durch zwei seiner Chiffre-telegramme, die Geschichte demächst plagen, war von Jürgen nach drei Minuten abgebrochen worden.

In der Jahresversammlung des Vereins für Bevölkerungspolitik und Säuglingschutz, in der die Damen beschloffen hatten, uneheliche Wöchnerinnen und Kinder in das Heim prinzipiell nicht mehr aufzunehmen, war Jürgens Frage an das Leben ebenso unbeantwortet geblieben, wie durch die Rede des Rektors am Grabe des jüngsten Mitglieds des Bundes der Empörer, jenes Gymnasialisten, der sich am Tage nach dem mißglückten Examen erhängt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Verflechtung preussischen Eigentums?

Die Preussische Bergwerks-A.G., die seit kurzer Zeit den Bergwerksbesitz des preussischen Staates zusammenfaßt, um eine rentablere Bewirtschaftung zu ermöglichen, leidet, ebenso wie die Reichseisenbahn, unter dem Mangel an Betriebskapital. Wie mir aus sicherer Quelle erfahren, denkt man zur Behebung der Geldnot an einen Verkauf von Aktien an große Kohlenverbraucher, die dauernd in Beziehungen zu den Gruben der Bergwerks-A.G. stehen. So soll sich z. B. Oberlohs lebhaft für einen solchen Aktienverkauf interessieren. Wenn es sich um den Verkauf nur kleiner Aktienpakete handelt, würde die Bergwerks-A.G. damit kein Kapital schaffen. So haben u. a. auch die Deutschen Werke A.G. zur Beschaffung von Betriebsmitteln ihre Aktien an der Berliner Börse eingeführt. Die Wünsche der eventuellen Käufer der Preussischen Bergwerks-A.G. scheinen aber besonderer Art zu sein. Die Interessenten wünschen nämlich nur solche Aktienpakete zu erwerben, die ihnen die Majorität über gewisse Zechen der Bergwerks-A.G. sichern. Das würde einen Abstoß wichtigen Staatsbesitzes an die private Industrie bedeuten, die sich nach dazu die Mittel vom Staat beschafft, indem sie ihrer Steuerpflicht nicht nachkam und die Inflationszeit auch sonst noch anderweitig zu ihrem Vorteil ausnützte.

Ein Ruhestandal.

In einem Offenen Brief an die Stadtverwaltung und die Staatsanwaltschaft von Gelsenkirchen erhebt das Komitee des sozialdemokratischen Kreisvorstands, Genosse Regiers in Gelsenkirchen, schwere Vorwürfe gegen die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktienbesitzer. Die Firma soll mit den während des letzten Weltkrieges gewährten Lohnsteigerungen betrügerischen Mißbrauch getrieben haben. Ein erheblicher Teil der Bureau- und Betriebsangehörigen sei von der Betriebsverwaltung voll beschäftigt worden, trotzdem habe die Firma für die genannten Angestellten für den Monat November Kurzarbeiterunterstützung vom Reich bezogen und diese den Angestellten ausbezahlt. Ein erheblicher Teil der Angestellten bekam von der Firma ein Drittel des Gehalts abgezogen und als Ersatz dieses Drittels die Kurzarbeiterunterstützung ausbezahlt. In dem Offenen Brief wird an Stadtverwaltung und Staatsanwaltschaft die Frage gerichtet, ob sie bereit seien, auf Grund des § 263 StGB. ein Verfahren gegen die verantwortlichen Personen einzuleiten.

In der „Dortmunder Zeitung“ werden ähnliche Vorwürfe gegen den Fabrikanten H. Lens in Dortmund erhoben. Dieser beschäftigte den ganzen Sommer über vier Arbeiterkolonnen an ebenlohen Arbeitslägen für Rechnung Dritter. Trotzdem war es Lens gelungen, daß ihm die Lohnsicherung zugebilligt wurde, die er auch für die Leute aller vier Kolonnen erhalten hat. Wie lobend das Geschäft war, kann man daraus erkennen, daß Lens sich

im vorigen Sommer eine Villa bauen konnte und ebenso sein Geschäftsbetrieb. Das Arbeitsamt der Stadt Dortmund hat die großzügig angestellten Betrügereien restlos aufgedeckt und das Beweismaterial der Staatsanwaltschaft unterbreitet. Ein Strafverfahren ist eingeleitet.

Die wucherischen Kleingartenpachtpreise.

Aus Kreisen der Kleingärtner erholten wir unter Bezugnahme auf unsere Darstellungen in Nr. 43 des „Vorwärts“ noch folgendes sehr beachtliche Erzeugnis:

In der Vorkriegszeit haben die Kleingartenpachtpreise im Bereiche von Groß-Berlin ungefähr auf einer Höhe gestanden, wie sie jetzt vom Oberpräsidenten festgesetzt sind, teilweise sogar darüber. In den Sehen waren aber die Bewässerungskosten, alte Rissen und die hohen Anbaukosten des gewerkschaftlichen Generalpächters enthalten. Der Grundstückseigentümer selbst erhielt oft nur eine Anerkennungsbüchse, sonst etwa eine rein landwirtschaftliche Pachtsumme, nämlich 25 bis 30 Mark für den Morgen. Heute fallen alle Bewässerungskosten, Rissen usw. den pachtenden gemeinnützigen Vereinen zur Last, und der Grundstückseigentümer bekommt die festgesetzten Pachtsummen der Pächter unanfechtbar.

Während der Inflationszeit war der Geldwert der Pachten allerdings zum Teil sehr gesunken, besonders in der letzten Zeit, und es zeigte sich ein großer allgemeiner Sturm der Grundstückseigentümer ein, die jetzt einfach die Aufhebung der Reichskleingartenordnung forderten. Dielem Sturm scheint man in der Verwaltung des Oberpräsidiums entgegen zu sein. Denn als die Reichsregierung nach Rentenmarkt zur Debatte stand, da wurde gerade mit dem Hinweis auf die Aufhebung der Reichskleingartenordnung die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die Kleingartenordnung gelenkt. Die Reichsregierung hat sich für die Aufhebung der Reichskleingartenordnung entschieden, doch die zuständigen Referenzen sind aus den Inflationszahlen noch nicht wieder auf die Geldrechnungszahlen zurückgefunden haben. Possebe ist zu lassen im Hinblick auf die schließliche Festsetzung von 3 und 4 Rentenpfennigen.

Der nach dem vom Bundesfinanzamt Berlin ermittelten Ertragswert im „Vorwärts“ errechneten gerechten Pachtpreise bedürfen infolgedessen noch einer kleinen Korrektur, als auf den Ertragswert sogar noch ein Abschlag von 15 Prozent für Wertverminderung aus den Kriegs- und Nachkriegszeitfolgen zu machen wird. Nimmt man danach die Mittelreihe zwischen landwirtschaftlichem und berufspächterischem Ertragswert, so kommt eine noch niedrigere Kleingartenpacht heraus, nämlich auf den Quadratmeter in Bodenklasse 2: 1,2, 3: 1,0, 4: 0,8, 5: 0,5 Rentenpfennig. Hervorzuheben ist noch, daß zahlreiche und große Kleingartenflächen zur Zeit der Pachtübernahme Brach- und Oedland waren, also gar keinen Nutzungswert hatten, was eine noch geringere Pachtleistung rechtfertigt.

Bei 3 bis 4 Pfennig im Durchschnitt je Quadratmeter haben die Kleingärtner für rund 6000 Hektar Land eine nach dem Gesetz nicht vertretbare Uebernacht in Gesamthöhe von rund 1 1/2 Millionen (1.500.000 M.) Geldmark im Jahre zu leisten, die für sie als eine Arbeitssteuer wirkt. Und die wenigen Grundeigentümer, die schon die gesetzliche ihnen zustehende Pacht als Rente einstreichen, nehmen die anderthalb Millionen Geldmark als eine

Ueberrente in Empfang. Ist ein solcher Zustand haltbar in einer Zeit, wo das Arbeitseinkommen der Beamten, Angestellten und Arbeiter erheblich unter dem Vorkriegseinkommen steht und diese Volksschichten ihres ganzen Spar- und sonstigen Vermögens durch die Geldentwertung enteignet worden sind?

Der Herr Oberpräsident und der Herr Wirtschaftsminister mögen diese Frage einmal von neuem überdenken, und dann eine neue und gerechte Pachtpreissetzung anordnen, wie sie hier rechnungsmäßig angeführt ist.

Der brandenburgische Arbeitsmarkt.

Die Lage des Arbeitsmarktes blieb ungleich und schwankend. Doch war im allgemeinen ein Zug zur Besserung zu beobachten. Besonders tritt das hervor, indem fast in allen Orten die Zahl der Kurzarbeiter abnimmt.

In der Landwirtschaft hat sich bei dem anhaltenden Frost nichts geändert. Der bergbauliche Arbeitsmarkt zeigte eine kleine Besserung.

In der Industrie der Steine und Erden sind in Freienwalde Einstellungen zur Tonshandlung erfolgt.

In der Glasindustrie ist in den Glashüttenwerken Germania im Bezirk Finsterwalde wegen Lohnstreitigkeiten ein Streik mit 350 Beteiligten ausgebrochen. Wegen Abfahrtschwierigkeiten sind in der Porzellanfabrik in Tellow 45 Arbeiter entlassen.

In der metallverarbeitenden Industrie war der Geschäftsgang nicht einheitlich, indem wohl in einigen Orten Neueinstellungen erfolgten, dagegen aber die Entlassungen in anderen Bezirken die Neueinstellungen bei weitem überwiegen. In der Optik war die Nachfrage nach Facharbeitern immer noch reg.

Der gute Geschäftsgang in der Textilindustrie war immer noch anhaltend. Es fanden weitere Neueinstellungen statt.

In den Hutfabriken ist die Geschäftslage nicht einheitlich, in einigen Bezirken gute Beschäftigung, dagegen in Neudamm ist immer noch keine Ausnahmeleistung zu verzeichnen.

Die Firma F. Schwachkopf u. Co. hat sämtlichen Arbeitern gefündigt, da sie sich nicht mit einer Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklärten.

Im Holzgewerbe sind allgemein Neueinstellungen vorgenommen worden. Desgleichen war es auch etwas lebhafter im Tabakgewerbe. Im Bekleidungsgebiete konnte die Beobachtung gemacht werden, daß einige frühere selbständige Gewerbetreibende ihr Gewerbe wieder anmeldeten. Auch sonst war die Vermittlungstätigkeit reg.

Binnenschifffahrt und Baugewerbe ruhen durch den Witterungseinfluß gänzlich. Für ungelernete Arbeiter war die Vermittlungstätigkeit verhältnismäßig gering, da auch einige Nothstandsarbeiten wegen des starken Frostes eingestellt wurden.

Für Hausmännische sowie Bureauangestellte besteht keine Nachfrage, da sich der Arbeitsmarkt infolge des Wiederaufbaus von Behörden besonders ungünstig gestaltet hat.

In der Vermittlung von weiblichem Personal für Hauswirtschaft ist eine bedeutende Besserung eingetreten.

Auswertiert

Ganz reguläre Ware

Nur soweit Vorrat*)

Umtausch ausgeschlossen

An Wiederverkäufer wird nichts abgegeben

Beachten Sie die Schaufenster

*) Teilweise nicht mehr in allen Größen und Farben im Lager vorhanden.

Leiser



7⁹⁰

U. B. I

Damen-Halbschuhe, Besatz, aus Schürze, kurzspitze Form.

Damen-Halbschuhe, Chevreau, elegante spitze Form.

Knaben-Schuhstiefel, vorzügl. Strapazierstiefel, Größe 36-39.

9⁵⁰

U. B. I

Herrn-Schuhstiefel, Knöchel, doppelreihiger Strapazierstiefel.

Damen-Hochschuhstiefel, Chevreau, moderne spitze Form.

da Besatz, moderne Form, sehr guter Strapazierstiefel.

Damen-Halbschuhe, braun Knöchel, Original Goodyear-Welt.

10⁹⁰

U. B. I

Damen-Halbschuhe, prima Gummischuh.

Herrn-Halbschuhe, braun Knöchel, Original Goodyear-Welt, spitze Form.

11⁹⁰

U. B. I

Herrn-Halbschuhe, Knöchel, moderne spitze Form.

da, braun Besatz und Knöchel, randgenäht, spitze Form.

Damen-Schuhstiefel, braun Besatz, vorzügliche Arbeit, Original Goodyear-Welt.

Damen-Spangenschuhe, schwarz Besatz, spitze Form, Kallmoude, braun Besatz, Original Goodyear-Welt.

12⁵⁰

U. B. I

Herrn-Schuhstiefel, Chevreau, mit Lackkappe, Original Goodyear-Welt, Laubende Form.

da, Chevreau, bequeme breite Form, Original Goodyear-Welt.

Damen-Schuhstiefel, Besatz, Original Goodyear-Welt, mit Gummibau, bequeme Form, für empfindliche Füße.

390 Prima Kamishirt-Umschlagochse, Filzsohle, Ledersohle, verdeckter Naht

1550 Ball-Überziehstiefel, schwarz, braun, nur Größe 37, jedes Paar zum Auswechseln.

Ball- und Gesellschaftschuhe, das Paar besteht aus jeder Toilette, höchst preiswert. Viele reizende Modelle aus eigener Fabrikation. Sehr reiche Auswahl.

Kinder-Schuhstiefel, Filz, mit Lederkappe und Lederbesatz	Kinder-Schuhstiefel, vorzüglich u. dauerhaft, auch mit Agraffen, strapazierend
Größe 18-20	Größe 27-30
20-24	31-35
95 Pf.	550
125	640
Kinder-Schuhstiefel, Chevreau und R-Chevreau	
Größe 24-26	27-29
345	425
390	

Im Stoffgeschäft

HANS PRANGE

Schweizer Voll-Volle 115 cm breit, Meter 7.95

Werfen Sie Ihr Geld nicht auf die Straße! Bevor Sie Ihre Einkäufe erledigen, besuchen Sie mein Lager, denn nur bei mir können Sie wirklich gute Qualitäten zu ganz enorm billigen Preisen kaufen. Trotzdem meine Preise ganz bedeutend herabgesetzt sind gebe ich während der Weißen Woche auf sämtliche Artikel 10% Extra-Rabatt.

Weiße Woche

Sensationelle Goldmark-Preise!

Beginn Sonnabend, den 2. Februar

BERLIN SO 36

Wiener Straße 15

Wäschestoffe

Hemdenstück per Meter 1,30, 1,35, 95 Pf.

Baumwolle per Meter 1,50, 1,25, 1,00

Wäscheballen per Meter 1,50, 1,25

Mako per Meter 1,75, 1,50

Körperbarchent per Meter 1,40, 1,25

Bettwäschestoffe

Leinwandbreite per Meter 1,35, 1,15

Bettwäsche per Meter 1,40, 2,20

Bettlin gestreift, Kleinsbreite per Meter 1,90

Bettwäsche per Meter 2,05

Damaat Kleinsbreite per Meter 2,20

Bettwäsche per Meter 3,15

Lakenstoffe Daunen, Halbleinen und Haarluche per Meter 1,25, 2,65

Staubhandtücher, gas u. geb. Stück 1,75, 1,60

Staubhandtücher vom Meter Mtr. 1,05, 90 Pf.

Küchenhandtücher, gas u. geb. Stück 1,75, 1,05

Küchenhandtücher vom Meter Meter 95, 85 Pf.

Waschtücher Stück 1,10, 95 Pf.

Rouleur-Stoffe in allen Breiten, weiß u. farbig

Taschentücher gute Qualitäten Stück 95, 45 Pf.

Intell, federleicht, Bettwäsche, echt Hirtisch Meter 3,50

Kleinsbreite, rot Meter 3,50

Punktmull Meter 1,05

Perkal für Oberhemden und Blusen Meter 1,05, 1,30

Zephyr für Oberhemden und Blusen Meter 1,20

Hemden-Barchent Meter 1,14, 1,60

Barchent für Kleider und Morgenrocke Meter 1,20

Wollene Bettwäsche Stück 6,95

Jacken-Putter, 140 cm breit Stück 4,70, 4,20

Außerdem bringe ich zu besonders vorteilhaften Preisen:

Cabardine, reine Wolle, 130 cm breit, beide gewirnte Qual., Meter	9,55	Crêpe de Chine Meter	5,50	Homospun für Anzüge und Kostüme Meter	4,95
Schotten und Strassen Meter	3,20, 3,00	Trikot, Seide, 140 cm, in allen Farben Meter	5,50	Tuch reines Woll, 180 cm breit Meter	10,50
Solenne, Woll mit Seide, 100 cm breit Meter	7,00	Valours de laine reine Woll, 130 cm breit Meter	9,50	Lammfell laminiert, 180 cm breit Meter	6,90
Crêpe Maroquin, Woll mit Seide, 100 cm breit Meter	6,50	Wüsterstoffe schwere Qualitäten Meter	4,95	Herrnstoffe von billigen bis zum besten Kammgarn in allen Preislagen.	

Lieferant der Beamten- und Lehrer-Vereine

Hans Prange

Berlin SO 36, Wienerstr. 15

am Görlitzer Bahnhof, Hochbahnstation Oranienstraße
Straßenbahn-Linie 4, 44, 92, 121

Neuangegebene vorbehalten

